

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Vollbetrag 3,97 M. einschließlich 50 Pf.
Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellge-
bühren. Auslandsabonnement 5,65 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Drucksachenporto 4,65 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen
höherer Gewalt besteht kein Anspruch
der Abonnenten auf Ersatz.

Ersetzungsgeweihe und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen
Zeilens.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend
10. September 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 558. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disk.-Bek., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Reichstag wird vertagt!

Damit Zentrum und Nazis mit Hindenburg verhandeln können.

Reichspräsident von Hindenburg hat für Dienstag-
nachmittag die Vertreter der Nationalsozialisten,
des Zentrums und der Bayerischen Volks-
partei zu sich gebeten. Unter diesen Umständen wird
die Aussprache über die Regierungserklärung im Reichs-
tag erst am Mittwoch nachmittag beginnen.
Am dem Termin der Regierungserklärung in der näch-
sten Reichstagsitzung am Montag hat sich nichts geändert.
Nach der Regierungserklärung wird der Reichstag auf
Mittwoch vertagt.

Im Lager Papens hat man bis zur Stunde stolz er-
klärt, daß die autoritäre Präsidialregierung keine Parteiver-
handlungen verträge, weil darin ein Rückfall in den Parla-
mentarismus und den Koalitions-Kuhhandel liegen würde.
Dennoch hat der Reichspräsident sich bereit er-
klärt, am Dienstag, 12 Uhr, zwei Vertreter der National-
sozialisten, zwei Vertreter des Zentrums und einen Vertreter
der Bayerischen Volkspartei in Gegenwart des Reichskanz-
lers zu empfangen.

Damit ist die „grundfänglich neue Art der Staatsführung“
wieder genau in die gleichen Bahnen gekommen, auf denen
zur Zeit der strengsten Innehaltung der parlamentarischen
Grundgedanken der Verfassung Reichsregierungen
auf Koalitionsgrundlagen in Rücksprachen und
Verhandlungen vorbereitet wurden. Wären wir boshaft, so
würden wir den unentwegten Segnern des Parlamentaris-
mus im Nationalsozialismus entgegenhalten, daß auch sie
praktisch zugeben müssen, daß es ohne den — „Müllerismus“
eben nicht geht!

Zentrum und Nationalsozialisten haben im übrigen am
Freitag ihre Koalitionsverhandlungen fortgesetzt. Die Ver-
handlungen sind bis nahe an den Abschluß her-
angeführt worden und die schwarz-braunen Partner
hoffen, am Dienstag dem Reichspräsidenten ein fix und
fertiges Programm, auch über die personellen Fran-
gen, vorlegen zu können. In ihrem Lager glaubt man, beim
Reichspräsidenten schließlich doch noch ein Kabinett
Papen ohne Papen erreichen zu können, und so dem
Reichspräsidenten, der erklärt hat, daß er sich nach so
kurzer Zeit nicht schon wieder von dieser Regierung
trennen könne, den Weg zu erleichtern. Eine Kanzlerschaft
Hitlers kommt dabei nicht in Frage. In dieser Richtung
liegt auch eine Äußerung des Berliner Naziorgans, in der
es heißt:

„Man läßt u. a. Versuchsbalkons aufsteigen, die wissen wollen,
die NSDAP. sei heute vielleicht nicht mehr so ganz abgeneigt, das
anzunehmen, was man ihr am 13. August angeboten und sie aus-
geschlagen habe. Ein solcher Umfall der NSDAP. kommt natür-
lich gar nicht in Frage. Das einmal Ausgeschlagene
nehmen wir nachträglich nicht an. Eine „Not-
lösung“, die die Auflösung des Reichstags vermeiden könnte,
wäre für die NSDAP. nur insofern tragbar, als ihr dabei
das gegeben wird, was ihr auf Grund der Verfassung zukommt
und was das Volk mit Recht fordern kann. Falls in dieser
Richtung aussichtsreiche Verhandlungen von der Gegenseite noch an-
gebahnt werden sollten, würde eine gewisse Verlang-
samung der Abwicklung der Verhandlungen im Reichstag
möglich sein.“

Der Ton bei dem Satz, daß ein solcher Umfall der
NSDAP. nicht in Frage komme, liegt auf dem Worte
„solcher“. Das heißt, daß eine Witzkanzlerschaft
Hitlers ausgeschlagen wird und auf eine „tragbare
Notlösung“ losgelassen wird, die den Nazis einige Ressorts
und Verwaltungsfuge geben soll. Das sieht sehr stark nach
Einschwenken in „das System“ und den Parlamentaris-
mus aus, gleichviel ob die angestrebte Papen-Regierung ohne
Papen dann als Präsidialregierung oder autoritäre Regie-
rung bezeichnet wird. Das Wort von einer „tragbaren Not-
lösung“ ist bezeichnend. Wir wissen kein anderes Wort, das
so sehr die Atmosphäre von Koalitionsregierungen bezeichnet
wie das Wort „tragbar“!

Der Termin einer Auflösung des Reichstags ist
jedenfalls durch diese Einleitung von Verhandlungen in letzter
Stunde mindestens bis zum Ende der nächsten
Woche hinausgeschoben.

Eins aber ist deutlich erkennbar: Die Nationalsozialisten
sind mit fliegenden Fahnen auf dem Wege zum System der
Koalition!

Schwarzbraune Verhandlungen.

Am Freitagabend fand im Reichstag eine Besprechung zwischen
Abgeordneten des Zentrums, der Nationalsozialisten und der
Bayerischen Volkspartei statt, in der zu dem Ausgang des
Empfangs des Reichstagspräsidenten beim Reichspräsidenten
Stellung genommen wurde. Es nahmen an dieser Besprechung

u. a. von nationalsozialistischer Seite die Abgg. Dr. Fried und
Dr. Goebels, vom Zentrum die Abgg. Esser, Berlitius, Joos,
Dessauer, Stegerwald und Bell, von der Bayerischen Volkspartei
Vizepräsident Abg. Rauch teil.

Der Zorn der Hugenberg.

Deutschnationale zum Empfang beim Reichspräsidenten.

Die Deutschnationale Pressestelle teilt mit:
„Mit Rücksicht auf die vielfach entstellten Presseveröffent-
lichungen über den Besuch des Reichstagspräsidenten beim Reichs-
präsidenten wird untenstehend der Bericht bekanntgegeben, den der
deutschnationale Vizepräsident Graef in der
heutigen Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion ent-
sprechend den vorher gefassten Beschlüssen erstattete.“

Nach der Vorstellung des Reichstagspräsidenten beim Reichs-
präsidenten hielt der nationalsozialistische Reichstagspräsi-
dent Göring eine Ansprache, in der er betonte, daß im Reichs-
tag eine arbeitsfähige parlamentarische Mehrheit sei, daß der
Reichstag sich nicht ausschalten lassen wolle und daß er als Reichs-
tagspräsident sich gegen die Gerüchte, daß der Reichspräsident diese
Ausschaltung beabsichtige, zur Wehr setzen müsse. Er habe den
einmütigen Auftrag des Reichstages, dies zum Ausdruck zu
bringen.

Der deutschnationale Vizepräsident Graef wider-
sprach diesen Äußerungen Görings auf das schärfste. Er
führte aus, daß das Reichstagspräsidium nicht befugt sei, dem
Staatsoberhaupt politische Vorschläge zu machen oder gar Rat-
schläge zu erteilen. Das Präsidium sei keine politische Körperschaft
und überdies in seiner Meinungsbildung absolut nicht einheitlich.
Herr Graef betonte, daß die Einsetzung eines wirklich von den
Parteien unabhängigen Kabinetts ein Fortschritt sei, dem gegenüber
der Rückfall in den Parlamentarismus und in das
Koalitionsspiel, wie es die Nationalsozialisten und das
Zentrum erstreben, einen absoluten Rückschritt bedeuten
würde. Hierüber sei sich der größte Teil des Volkes einschließlich
weiter Kreise der Nationalsozialisten einig. Die Rücksicht auf die
Stetigkeit der politischen Entwicklung und auf die Autorität des
Staatsoberhauptes verbiete es, einen Kurswechsel in
der Regierungsführung vorzunehmen, selbst für
diejenigen, die nicht mit allen Maßnahmen des Kabinetts Papen
im Reich und in Preußen einverstanden seien.

Gegenüber der wiederholt und dringend ausgesprochenen Bitte
des Vizepräsidenten Esser, vor der Entscheidung noch
einmal die Führer der Nationalsozialisten und des Zentrums zu
empfangen, erklärte der Reichspräsident, daß er sich die Entscheidung
darüber vorbehalte.

Der Besuch des Reichstagspräsidenten dauerte etwa zehn
Minuten.“

Entsetzliche Not.

Vorübergehende Störung der Zahlungen der Wohlfahrts- unterstützungen im Saalekreis

Salle, 9. September.

Der Saalekreis war am heutigen Freitag nicht in der
Lage, seinen Gemeinden die Pflichtanteile für Wohl-
fahrtsunterstützungen zu zahlen. Der Kreisfürsorge-
verband hat weder von der Reichs-, noch von den Staats-
kassen die ihm zustehenden Beträge erhalten, so daß in
sämtlichen Gemeinden des Saalekreises daher die
Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützungen
unterbrochen ist. Auf die telegraphischen Vor-
stellungen des Kreises hat dieser die Zusage erhalten, daß
die Beträge morgen gezahlt werden, so daß auch in den
Gemeinden morgen die Zahlung der Unterstützungen vor-
sich gehen kann. Der Saalekreis umfaßt über 100 Städte
und Dörfer. Etwa 30 Proz. der Bevölkerung
— 25000 Köpfe — leben nur von Unter-
stützungen.

Amerikanische Arbeiterpartei?

Eine Ankündigung des Gewerkschaftsvorsitzenden Green.

New York, 9. September. (Eigenbericht.)

Der Präsident der amerikanischen Gewerkschaften,
Green, erklärte sich in New Jersey in einer Rede für
die Gründung einer Arbeiterpartei, falls die
proletarischen Interessen und das Versagen des herrschen-
den politischen und wirtschaftlichen Kurzes einen der-
artigen Schritt notwendig mache. Die Ankündigung
Greens, die für das Erwachen der amerikanischen Ar-
beiterpartei bezeichnend ist, wurde für mich begrüßt.

Wirtschaftsbelebung?

„Kühnes Wagnis“ auf Kosten der Arbeiter.

Von Paul Löbe.

Welches Ohr würde nicht aufhorchen, wenn das Ver-
sprechen der Wirtschaftsbelebung in den Millionenkreis der
Arbeitslosen, zu den morgen in ihrer Existenz Bedrohten, zum
ruinierten Mittelstand, zu den verzweifenden Kleinbauern
dringt?

Wirtschaftsbelebung verspricht die Regierung Papen.
Das Ende der Krise kündigt sich an, behauptet sie. Die Preise
der Rohstoffe steigen, also werden Rohstoffe wieder gebraucht
und gefordert, also werden die Rohstoffländer wieder
Fertigwarenbedarf haben — ein günstiges Zeichen. Das Geld
wird billiger, flüssiger, also werden es die Unternehmer
leichter leihen, um ihren Betrieb wieder in Gang zu setzen —
ein günstiges Zeichen!

Die Börsenwerte keitern auffällig, vorzeitig, unregel-
mäßig und auch ein wenig unbegründet in die Höhe, In-
dustriepapiere steigen, festverzinsliche folgen ihnen — alles
Hoffnungen für kapitalistische Wirtschaftsführer. Hoffnungen
auch für die Regierung Papen, welche die Symptome der
Belebung durch eigene politische Maßnahmen fördern möchte.

Aber wie sieht die Rehrseite in Deutsch-
land aus?

Die Reichsbahn wird nach ihrer eigenen Mit-
teilung 30 000 Arbeiter entlassen.

Die Reichspost vermindert die Postgänge, um
eine unzählige Schar von Helfern zu entbehren.

Serr Papen verspricht Kontingentierung der
Einfuhr im Interesse der Landwirtschaft. Das be-
deutet Repressalien durch andere Länder, also
weitere Verminderung des Exports, von dem
3 Millionen deutsche Arbeiter leben.

Ermächtigung zu weiterer Verminderung der
Leistungen auf allen Gebieten der Sozialgeset-
gebung.

Lockerung der Tarife, also weniger Verdienst,
weniger Kaufkraft, das Gegenteil einer Belebung
der Wirtschaft.

Die Einzelheiten sind bekannt: Wer seinen Betrieb durch
lokale Umstände gefährdet glaubt, kann die Löhne kürzen.
Wie viele werden gefährdet sein? Wer neue Arbeiter ein-
stellt, kann die Löhne kürzen. Hier wissen wir nicht, wie das
ausgenutzt wird. 1% Millionen als Neueingestellte sollen
möglich sein, — auf dem Papier! Wir wünschten, die Er-
wartungen erfüllten sich, aber wir zweifeln.

Aber selbst wenn alle diese Erwartungen sich erfüllen,
so wird zwar eine Kleinigkeit mehr Lohn an alle dann be-
schäftigten Arbeiter gezahlt, weil die Mehrbezahlung der
Eingestellten die Lohnkürzung der schon Beschäftigten in der
Gesamtsumme etwas übersteigt, aber alle anderen Reduzie-
rungen sind dabei nicht berücksichtigt.

Man hat Papens Vorschläge ein kühnes Wagnis ge-
nannt. Es ist ein Wagnis auf Kosten der Arbeiter. Der
Unternehmer kann nur verdienen dabei, der beschäftigte Ar-
beiter kann nur verlieren dabei, ein Teil der Arbeitslosen
kann vielleicht gewinnen, — das Gesamtergebnis der Ar-
beiterschaft aber wird auf alle Fälle geschmälert. Am Ende
kann eine Belebung der kapitalistischen Gewinne, aber keine
Belebung der allgemeinen Kaufkraft stehen.

Die Sozialdemokratische Partei hat seit Monaten
ihren sehr nüchternen, sehr überlegten, absolut
nicht utopistischen Wirtschaftsplan dem Reichs-
tag und dem Volke unterbreitet.

Erste Voraussetzung: Die Lage der Opfer der
Krise, solange sie nicht ganz aus ihrem Elend befreit werden
können, darf nicht noch weiter verschlechtert, die ausgespro-
chenen Kürzungen müssen rückgängig gemacht werden.

Zweitens: Eigene Anforbelungsversuche durch
öffentliche Arbeiten, die nicht erst durch Milliardenzuschüsse
an private Unternehmer verkauft werden müssen.

Drittens: Bessere Verteilung der Arbeitsgelegen-
heit durch allgemeine und direkte Verkürzung der Arbeitszeit
auf 40 Stunden und weniger, Auswechslung der Beschäftigten
da, wo es angeht.

Viertens: Eine vernünftige Handelsvertragspolitik,
die uns Aufträge aus dem Ausland nicht verschneidet und der
Industrie wieder Lebensmöglichkeit verschafft.

Fünftens: Zwangsmäßige Leitung der vorhandenen
Kredite an die der Volkswirtschaft nützlichen Stellen, damit
nicht durch Fehlansagen das vorhandene Kapital totgelegt,

fördern damit es zu wirklicher Belebung der Volkswirtschaft verwendet wird.

Dazu ist eine grundsätzliche Wandlung im deutschen Wirtschaftsleben notwendig, wie sie die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion zeigen. Grundstock dazu bildet die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der Großbanken, des Großgrundbesitzes, die Vereinheitlichung der öffentlichen Wirtschaft, die Ueberwachung der Kartelle und Monopole und eine Planstelle für die gesamte Wirtschaft.

Die gefeierte „Initiative“ des Unternehmers hat zwar genügt, diesem selbst reiche Gewinne zu verschaffen, die in der Krise dann wieder bedroht und teilweise vernichtet wurden. Sie hat sich aber vollständig unfähig gezeigt, die Versorgung der Nation mit den Bedarfsgegenständen des Lebens zu garantieren. Obwohl alle Rohstoffe für Ernährung, Bekleidung und Behausung vorhanden sind, werden auch in diesem Winter wieder Hunderttausende hungern und frieren. Die Unfähigkeit des Kapitalismus liegt vor aller Augen. Seine Berufung zur Fortführung der Wirtschaft begegnet selbst in den eigenen Kreisen stärkstem Zweifel. In 95 Proz. des deutschen Volkes lebt eine antikapitalistische Stimmung, eine sozialistische Sehnsucht, sagt der nationalsozialistische Abgeordnete Straßer.

Nun wohl, die objektiven Vorbereitungen der Umwandlung der Gesellschaft sind gegeben. Der Produktionsapparat und die Rohstoffe stehen bereit. Die subjektiven Vorbedingungen, der Wille der Gesamtheit, sich an die Stelle des bankrotten privaten Unternehmers zu setzen, steigen mit jedem Tag.

Zwischen dem Eigenen, dem Interesse der Kapitalbesitzer, an den Herr von Papen appelliert, und dem Gemeinnutzen, der Versorgung des ganzen deutschen Volkes, geht der Kampf.

Die Sozialdemokratie fürmt vor, um Reichstag und Volk vor die Entscheidung zwischen beiden zu stellen.

England distanziert sich.

Französische Antwort nur zur Kenntnis genommen — keine Mitverantwortung.

London, 9. September.

Der französische Botschafter sprach heute morgen im „Foreign Office“ vor und wurde von Sir John Simon empfangen. Der Botschafter übergab dem Staatssekretär des Aeußeren zu seiner Information einen Entwurf der Note, die die französische Regierung als Antwort auf die Note der deutschen Regierung vom 29. August abendet.

Angesichts gewisser gegenseitiger Veröffentlichungen betonte das „Foreign Office“ die Notwendigkeit, klarzustellen, daß das Dokument nicht zu Beratungs-, sondern zu Informationszwecken übermittelt worden sei.

Wie erinnert, ist die deutsche Note bereits der britischen Regierung zur Information übergeben worden. Die britische Regierung ist daher in vollem Besitz der Unterlagen der französisch-deutschen Besprechungen, die weiterhin auf das sorgfältigste verfolgt werden.

Der Sinn dieser Verlautbarung ist offenbar der, daß England die Verantwortung für die französische Antwort nicht zu tragen wünscht. Es will insbesondere nicht, daß aus der Tatsache, daß die französische Antwortnote noch vor ihrer Ueberreichung in Berlin der englischen Regierung zur Kenntnis gebracht wurde, der Schluß gezogen werde, als trage England zumindest eine moralische Mitverantwortung für ihren Inhalt.

Im übrigen verlautet in London, daß die französische Antwort ziemlich scharf ablehnend sein werde.

Paris beschwört London.

Paris, 9. September. (Eigenbericht.)

In einem ausführlichen Leitartikel beschwört der „Temps“

die Engländer, ja nicht auch nur teilweise auf die deutschen Militärforderungen einzugehen.

„Es wäre — so schreibt das Blatt — eine falsche Ansicht der zur Debatte stehenden Prinzipien und Tatsachen, wenn man Deutschland gestatte, eine Teilreform der Reichswehr vorzunehmen. Deutschland will nichts anderes als wieder aufrüsten. Was es dann später, wenn man ihm das bewilligt hat, an Sicherheitsgarantien geben könnte, wäre ohne jeden Wert. Denn wenn es nicht die Absicht hätte, den Frieden Europas zu stören, um seine nationalen Ziele zu erreichen, hätte es auch nicht nötig, trotz seiner augenblicklichen Finanznot ungeheure Summen für eine militärische Reorganisation auszugeben. Es wäre also der schlimmste Fehler, wenn man Deutschland im Prinzip teilweise oder ganz nachgäbe.“

Die Rüstungsgleichheit auf dem Wege der allgemeinen Abrüstung zu erreichen, scheint dem „Temps“ viel logischer und politischer, aber nicht ohne schwere Unzuträglichkeiten. Vor allen Dingen mühte man, so meint er, absolut wirksame Sicherheitsgarantien gegen jede Friedensstörung durch Deutschland schaffen.

Deutschland wird sich bald entscheiden müssen.

Genf, 9. September. (Eigenbericht.)

Die Vermutungen über eine Hinausschiebung des Wiederzusammentritts des Büros der Abrüstungskonferenz haben sich nicht bestätigt. Nach einer telegraphischen Verständigung zwischen dem Generalsekretär des Völkerbundes und dem Konferenzpräsidenten Henderson ist das Büro am Freitag auf den 21. September einberufen worden.

Die deutsche Regierung wird also schon sehr bald vor die Frage gestellt, ob sie bereits diesen Bückungen fernbleiben will, in denen auch über die Behandlung des deutschen Gleichberechtigungsanspruchs verhandelt werden soll.

Gegen das Rote-Fahne-Verbot.

Kommunistischer Antrag im Reichstag.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der die sofortige Aufhebung des Verbots der „Roten Fahne“ und anderer kommunistischer Zeitungen und Zeitschriften verlangt. Gleichzeitig hat die Fraktion zum Verbot der „Roten Fahne“ eine Interpellation im Reichstag eingebracht.

Verbot auf sechs Monate.

Neue Glanzleistung der „neuen Staatsführung“.

Der Berliner Polizeipräsident hat das Organ des Reichseinheitsausschusses der Antifaschistischen Aktion, die „Antifaschistische Aktion“ mit sofortiger Wirkung bis zum 28. Februar 1933 verboten. Anlaß zu diesem Verbot gab ein Artikel in der Nummer 1 vom Juli (1) 1932 „Verjagt die Nazis von den Fabriktoren“, in dem angeblich zu Gewalttätigkeiten gegen Andersdenkende aufgefordert wurde, und ein Artikel in der Nummer 2 vom Juli 1932 „Wie können wir den Krieg verhindern?“, der angeblich zum Ungehörigwerden gegen die Gehege auffordert.

Spaniens Agrarreform.

Entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes.

Madrid, 9. September.

Die Nationalversammlung nahm in der Nacht zum Freitag ein Ergänzungsgezet zur Agrarreform an, das von größter Bedeutung ist. Der genaue Text des Gesetzes wird noch festgelegt werden, doch bestimmt es, daß sämtliche Landgüter der ehemaligen Grundbesitzer von Spanien entschädigungslos enteignet werden.

Ministerpräsident Azona legte den Standpunkt der Regierung dar und führte aus, daß es sich um eine revolutionäre Maßnahme handle, die zum Wohl der Republik nötig sei. Spanien müsse von Grund auf neu aufgebaut werden, und so sei es nicht zu vermeiden, daß tausende viele darunter leiden müßten. Doch sei auch zu bedenken, daß die gleichen Leute früher die Republikaner hätten leiden lassen. Die Opposition, die schärfsten Protest einlegte, ist zahlenmäßig viel zu schwach, um etwas ausrichten zu können.

Die sich im allgemeinen in gemäßigten Grenzen bewogende Agrarreform hat somit urplötzlich einen scharf revolutionären Charakter erhalten, um so mehr, als kürzlich erst beschlossen wurde, daß die Landgüter der Putzteilnehmer entschädigungslos enteignet werden. Jetzt werden auch die Güter solcher Personen vom Staate übernommen, denen keinerlei feindliche Haltung gegen die Republik nachgewiesen zu werden braucht. Veranlassung zu der neuen Gesetzesbestimmung ist der Putz des Generals Sanjurjo.

Das ganze Gesetz wurde am Freitag mit 318 gegen 19 Stimmen angenommen.

Ebenso wurde das katalonische Statut mit 314 gegen 29 Stimmen verabschiedet.

Schreckenstat einer Mutter.

Dreifacher Kindesmord und Selbstmord durch Ertränken.

Von einer Brücke in der Spaethstraße in Berlin-Brig stürzte sich heute abend gegen acht Uhr die 31 Jahre alte Ehefrau Wally Eichner aus der Kolonie Spaethwalde in Rudow, zusammen mit ihren drei Kindern, der vier Jahre alten Waltraud, der einjährigen Gudrun und dem dreijährigen Roland, in den Teltowkanal.

Alle vier konnten von der Feuerwehr nur noch als Leichen geborgen werden. Bei der Frau wurden drei Briefe gefunden, die an die Polizei, einen Arzt und an ihre Mutter gerichtet waren. Aus diesen Briefen geht hervor, daß Frau Eichner die Verzweiflungstakte verübte, weil sie sich und ihre Kinder schon seit längerer Zeit von dem Ehemann am Leben bedroht fühlte.

Die Festnahme des Ehemannes ist veranlaßt worden.

Kämpfe in der Mandchurien. Durch Kämpfe bei Anda ist der Passagierverkehr auf der Bahn Chardin—Mandchuri unterbrochen. In Mandchuria (russisch für Mandchurien) warten 40 seit dem 20. August angetommene Reisende auf Weiterbeförderung.

Deutschösterreichische Hafenkreuzer provozieren als Heimwehr-erfah die jurchen nolleidende und durch jahrelangen Terror gezeigte österreichische Arbeiterschaft. In Graz und Leoben ist je ein Hiltlerist der proletarischen Verteidigung zum Opfer gefallen.

ADGB ruft zum Kampf.

Papen-Berordnung entwertet Tarifvertrag und Schlichtung.

Der Bundesausschuh des ADGB, versammelte sich am Freitag in Berlin zu seiner 9. Sitzung. Mit Rücksicht auf die seltene Wichtigkeit der Tagesordnung nahmen die Bezirkssekretäre des ADGB, und die Redakteure der Gewerkschaftspresse an der Sitzung teil.

Leipart eröffnete die Beratungen mit einem Hinweis auf die Bedeutung der Stunde und der Aufgabe dieser Tagung. Im Wahlkampfe habe die Arbeiterbewegung sich trefflich behauptet. Aber die Kämpfe sind mit der Wahlbewegung nicht abgeschlossen. Die Ereignisse überstürzten sich. Täglich stehen die Gewerkschaften vor neuen Aufgaben. Die vordringlichste Pflicht aller tätigen Menschen in der Bewegung sei es,

die Einheit der Organisationen unter allen Umständen gegen alle Angriffe und Gefahren sicherzustellen.

Unter diesem Gesichtspunkt sei die taktische Haltung der Gewerkschaftsbewegung in jeder Etappe, die sie zurückzulegen habe, zu bestimmen. Gegenwärtig gebe eine vielfach lächerliche Soldatenspielerlei dem öffentlichen Leben weithin das Gepräge. Sie werde zwar vom Auslande oftmals in ihrer Bedeutung überschätzt, aber ihre bürgerkriegsähnlichen Auswirkungen schädigen doch das nationale Ansehen Deutschlands in der Welt. Gegenüber gewissen Erscheinungen der internationalen Politik, die auf eine Zuspitzung der nationalen Gegensätze hindeuten, erkläre er, Leipart, daß die deutsche Arbeiterbewegung an der Parole festhalte: Nie wieder Krieg! Die deutschen Gewerkschaften bekämpfen alle Aufrüstungsbestrebungen. Sie fordern die Abrüstung, aber sie treten im Inlande wie durch ihre internationalen Beziehungen ein für das Recht Deutschlands auf volle Gleichberechtigung neben allen anderen Nationen. Im weiteren Verlauf seines Berichtes ging Leipart ein auf

Gerüchte und Behauptungen.

nach denen zwischen den Gewerkschaften einerseits und Abgeordneten der Nationalsozialisten sowie Mitgliedern des Reichskabinetts andererseits Verhandlungen stattgefunden hätten mit dem Ziel einer Umbildung oder Neubildung der Regierung und der „Loosierung“ einer neuen Regierung durch die Gewerkschaften. Leipart wiederholte mit Nachdruck die bereits früher abgegebene Erklärung der Bundesleitung, daß an diesen Behauptungen kein Wort wahr sei.

Ueber die Stellungnahme der Gewerkschaften zum Freiwilligen Arbeitsdienst sei eine endgültige Verständigung zwischen den nächstinteressierten Organisationen erfolgt, und zwar auf der Grundlage der Richtlinien, welche die letzte Bundesausschuh-

sitzung beschäftigt hatten. Darauf sei unter dem Namen „Sozialer Dienst“ eine Arbeitsgemeinschaft der am Freiwilligen Arbeitsdienst interessierten Spitzenorganisationen der Arbeiterbewegung ins Leben gerufen worden. Die Bundesleitung hat sich ständig mit allen

Plänen zur Arbeitsbeschaffung.

Plänen zur Arbeitsbeschaffung. die in der Deffentlichkeit austauschten oder auf dem Verhandlungswege an sie herangetragen wurden, auseinandergesetzt. Im Hinblick auf die bevorstehende Verwaltungsratsitzung des ADGB, verlangt der ADGB, von dem Vertreter der deutschen Regierung im Verwaltungsrat, daß er sich tatkräftig und wirkungsvoll für ein internationales Abkommen zur Einführung der vierzigstündigen Woche einsetzt.

Schlüsse berichtet über eine Vorprache beim preussischen Anwaltsminister wegen der auch durch die Presse bekanntgewordenen Veranlassung von Nachforschungen über die Organisation des Reichsbanners und der Hammerchaften. Gegen dieses Verfahren hat die Bundesleitung in der Unterredung mit Minister Brodt Einspruch erhoben.

Eggert gibt einen Ueberblick über den Papen-Plan und seine Tendenzen. Der Plan der Regierung beruht auf der Annahme einer bald zu erwartenden weltwirtschaftlichen Besserung. Diese Annahme ist bisher nicht durch unzweideutige, deutlich sichtbare Tatsachen begründet. Der Plan geht ferner davon aus, daß große Arbeitsmöglichkeiten am Produktionsapparat der deutschen Wirtschaft, große Mengen Reparaturen usw. vorhanden seien. Diese Annahme sei erst recht unzutreffend. Der Produktionsapparat übersteige bei weitem die Konsummöglichkeit in der Gegenwart. Er sei sogar in dem Konjunkturjahre 1929 nur zu 75 Proz. ausgenutzt worden.

Die mangelnde Beschäftigung beruht auf dem Mangel an innerem und äußerem Absatz. Der Papen-Plan geht einen Weg, der demjenigen unseres Arbeitsbeschaffungsplanes genau entgegengesetzt ist.

Der antisozialistische Arbeitsbeschaffungsplan der Regierung Papen will die Kräfte des privaten Unternehmertums entfesseln und diesem den Arbeitern gegenüber weitestgehende Willkür gewähren.

Eggert bespricht eingehend das System der Steueranrechnungen. Nach Lage der Dinge sei anzunehmen, daß die Steueranrechnungscheine in weitem Ausmaße zur Zahlung der Steuern verwendet werden. In welchem Umfange dabei Arbeitsbeschaffung herbeigeführt werden soll, bleibe das Geheimnis der Reichsregierung.

Große Verwirrung stiftete bereits jetzt ihre zweite Maßnahme: Die Bereitstellung von weiteren 700 Millionen (neben den 1 1/2 Milliarden Steueranrechnungscheinen) als Prämie für Neueinstellung von Arbeitern.

Eine dritte Ungeheuerlichkeit ist zu nennen, daß Unternehmungen, die Aufträge von der öffentlichen Hand erhalten, die Prämie gleichfalls erhalten sollen.

Als vierter Widerspruch der Verordnung sei zu erwähnen, daß auf der einen Seite die Steueranrechnungscheine die Wirtschaft in Gang setzen sollen, während gleichzeitig die Lohnsenkung eine Verlingerung der Massentaufkraft mit sich bringt.

Der deutsche Produktionsindex zeige 54 Proz. gegenüber der Produktion von 1928. Und bei dieser Tatsache wolle die Regierung den Ausbau des Produktionsapparates finanzieren, der heute nur zur Hälfte genügt wird. Dieser Plan müßte von den Gewerkschaften bekämpft werden.

Spließ berichtet über die Besprechungen von Bundesvertretern mit dem Reichsarbeitsminister am 8. September, über die der „Vorwärts“ bereits berichtet hat. Wenn der sozialpolitische und tarifpolitische Teil der Verordnung zur Durchführung käme, so würde sich eine Unzahl von Mißbräuchen herausstellen, und

die Wachsamkeit und Geschlossenheit der Arbeiter in den Betrieben müßte größer sein denn je zuvor.

Bemöglich noch schlimmer als der erste sei der zweite Teil der Verordnung, der die Senkung des Tariflohnes in „gefährdeten Betrieben“ gestattet. Es sei keine Frage, daß dieser Weg von den Gewerkschaften auf das entschiedenste abgelehnt werden muß. Auch das seit langem bestehende Bestreben, die Löhne der Gemeinbeitrbeiter und der Arbeiter in den gemischtwirtschaftlichen Betrieben an die Löhne der Reichsarbeiter anzu-

Rothe noch im Lazarett.

Urteilsbegründung ist endlich der Verteidigung zugegangen.

Genosse Max Rothe, der vom Berliner Sondergericht I (Kammer Tolk) am 31. August zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde und dann einen heldenmütigen Hungerstreik von sieben Tagen als Bekundung seiner Unschuld durchführte, befindet sich noch immer im Gefängnislazarett. Er ist durch die lange Untersuchungshaft, durch die Anstrengungen der Verhandlung, durch die furchtbare Strafe, die er im Bewußtsein seiner Unschuld auch heute noch nicht zu lassen vermag und durch seinen siebenstägigen Hungerkampf sehr mitgenommen, aber nach wie vor aufrecht und stark.

Gestern staketen im Auftrage der Bundesleitung des Reichsbanners Dr. Nowak und für den Vorstand des Haues Berlin-Brandenburg Gauferknecht Reichardt in Begleitung des Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Joachim, ihm einen Besuch ab. Rothe, der immer seine Unschuld betont hatte, begrüßte die Reichsbannerkameraden mit kräftigem Freiheitsgruß. Trotz des Hungerstreiks er sich keineswegs niedergeschlagen, sondern nahm mit natürlicher Feindschaft die Mitteilung entgegen, daß seine Angelegenheit in breiter Deffentlichkeit mit größtem Interesse verfolgt, und daß von den befreundeten Stellen alles versucht würde, um im Wiedererfahrungsverfahren das gegen ihn ergangene Urteil zu beseitigen.

Die Urteilsbegründung im Falle Rothe ist gestern der Verteidigung zugegangen. Die Vorbereitung des Wiedererfahrungsverfahrens ist sofort in Angriff genommen worden.

gleichem, wird jetzt von neuem wieder aufgenommen. Das erst kürzlich abgeschlossene Tarifwerk für die Gemeindearbeiter werde dadurch zerfallen. Es wurde dem Minister kein Zweifel darüber gelassen, daß

die Arbeiterschaft alle Wege beschreiten werde, um den sozialpolitischen Teil der Verordnung, insbesondere den Eingriff in den Tariflohn, zu Fall zu bringen.

Clemens Körpel gab dem Bundesausschuß eine Darstellung der arbeitsrechtlichen Fragen und Wirkungen, die sich aus der Notverordnung ergeben. Die Notverordnung der Regierung von Papen unterscheidet sich von den Notverordnungen des Kabinetts Brüning grundsätzlich dadurch, daß diese im Rahmen der Verfassung zwar eine andere Vertrags-erfüllung vorschrieben, aber die feste Vertragsgrundlage nicht antasteten, während die neue Notverordnung die Vertragsgrundlage tatsächlich beseitigt und damit die Vertragsstreus sinnlos macht. Damit ist aber auch dem Tarifvertragswesen die Grundlage genommen, denn wenn die Tarifverträge nicht mehr ihrem Inhalte nach gelten, können sie auch nicht den Wirtschaftsfrieden sichern, und wenn die Vertragsstreue als solche beseitigt worden ist, können die Gewerkschaftsmitglieder unmöglich noch ein Verständnis für die Friedens- und Durchführungspflicht haben. Es ist eine ganz neue Sachlage eingetreten, nämlich

der Zustand völliger Auflösung aller Vertragsgrundzüge.

Die Beseitigung der Unabdingbarkeit hält Körpel für verfassungswidrig. Er legt dar, daß er sich mit dieser Auflösung in Uebereinstimmung befindet mit den Universitätsprofessoren Einzheimer, Hipperden und Verch. Es würden also Arbeiter, denen vom Tariflohn Abzüge gemacht werden, den vollen Tariflohn einlagen können. Eine solche Klage würde zugleich zur Nachprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Bestimmungen der Notverordnung führen. Eine derartige Klage kann weiterhin aber auch auf eine

Überprüfung der der Reichsregierung übertragenen Befugnisse

gestützt werden. Der § 1 des zweiten Teils der neuen Notverordnung, der sich mit den sozialpolitischen Maßnahmen beschäftigt, gibt der Reichsregierung das Recht, die sozialen Einrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen. Ein Eingriff in die Unabdingbarkeit der Tariflöhne kann aber unmöglich unter diese Begriffe fallen, denn sie ist keine Vereinfachung und Verbilligung einer sozialen Einrichtung, sondern ein soziales Recht. Soziales Recht kann man aber nicht vereinfachen und verbilligen, sondern nur ganz oder teilweise aufheben. Dies letztere ist aber durch die Notverordnung der Reichsregierung tatsächlich nicht zugestimmt worden.

Im Gegensatz zur Notverordnung vom 8. Dezember 1931, durch welche die Tarifparteien verpflichtet wurden, die Löhne zu kürzen, ist diesmal dem Arbeitgeber nur das Recht zur Kürzung zugesprochen worden. In der Notverordnung besteht nach § 1 die „Berechtigung“, nach § 7 die „Ermächtigung“ zur Kürzung der Löhne. Der Arbeitgeber kann also die Löhne kürzen, er muß es aber nicht. Eine etwa mit der Gewerkschaft getroffene Vereinbarung, daß kein Abzug vorzunehmen ist, würde den Arbeitgeber binden. Der Arbeitgeber hat auch nur ein einmaliges Recht zur einseitigen Kürzung, es sei denn, daß neue Verhältnisse eintreten, durch die er das Recht zur einmaligen Kürzung von neuem erwerben würde. Zahlt der Arbeitgeber ausdrücklich oder stillschweigend die bisherigen Löhne weiter, obwohl die Voraussetzungen nach der Notverordnung zur Inanspruchnahme des Rechts auf Lohnkürzung vorliegen, oder nimmt er nur einen teilweisen Abzug vor, so tritt eine Verwirkung des Rechts ein. In der Ausführungsverordnung wird ausnahmslos von den

„Jeweiligen tarifvertraglichen Lohnsätzen“

gesprochen. Was es damit auf sich hat, erläuterte Körpel an folgenden Beispielen: Beträgt der Tarifstundenlohn 80 Pf., der im Betrieb tatsächlich zu zahlende Lohn aber 100 Pf., so sind 20 Pf. davon übertariflicher Lohn. Bei der Berechnung eines Abzugs von 10 Proz. darf also nur von 80 Pf. abgezogen werden, so daß der Abzug 8 Pf. beträgt. Es verbleiben somit 72 Pf. an Tariflohn, zu denen 20 Pf. übertariflicher Lohn treten. Der neue Lohn ergibt mithin 92 Pf. gegen 100 Pf. des früheren Lohnes.

Auf die Affordilohnne hat die Ermächtigung keinen unmittelbaren Einfluß. Denn da fast alle Tarifverträge nur bestimmen, daß bei Affordarbeit 15 oder 20 oder 25 Proz. Mehrverdienst zu garantieren ist, kann sich nur die Affordbasis ermäßigen. Beträgt also der Tariflohn 80 Pf. und sinkt er nach dem Abzug von 10 Proz. auf 72 Pf., dann hat der Arbeitgeber nur das Recht, den garantierten Affordüberverdienst nunmehr auf 72 Pf. aufzubauen. Tatsächliche Kürzungen des Affordüberdienstes wären nur durch Veränderung der Arbeitsverhältnisse möglich. Will der Arbeitgeber übertarifliche Löhne oder tatsächliche Afforddienste abbauen, weigert sich aber die Belegschaft hierauf einzugehen, und sperrt der Arbeitgeber deshalb aus,

so kann die Gewerkschaft die Ausgesperrten unterstützen, weil es sich um einen reinen Abwehrkampf handelt. Das Reichsarbeitsgericht hat in solchen Fällen wiederholt in diesem Sinne entschieden.

Die Berechtigung der Arbeitgeber zur Lohnherabsetzung und die Ermächtigung des Richters hierzu auf Grund der Notverordnung hat in keinem Falle tatsächliche Wirkung. Sie wird nicht Inhalt der Tarifverträge. Die Notverordnung verpflichtet nicht die Tarifparteien zur Tariflohnherabsetzung, sondern sie berechtigt oder ermächtigt nur den Arbeitgeber dazu.

Keine gewerkschaftliche Organisation ist daher bei solchen Maßnahmen an die Friedens- und Durchführungspflicht gebunden.

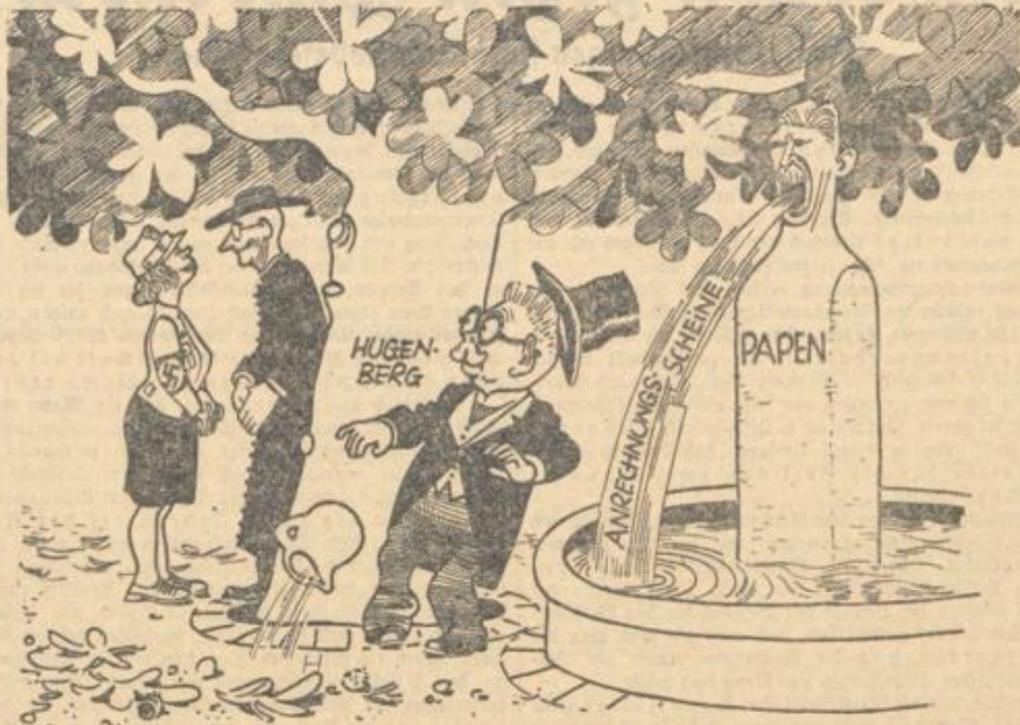
Jede Gewerkschaft hat es nur mit dem Arbeitgeberverband oder mit dem Arbeitgeber als Tarifpartei zu tun. Jede Gewerkschaft kann vom Arbeitgeberverband oder vom Arbeitgeber als Tarifpartei Zahlung der Tariflöhne verlangen. Das schuldrechtliche Verhältnis der Tarifparteien, wie es schon immer bestanden hat, ist durch die Verordnung nicht geändert. Geändert wurde nur die normale Wirkung der Tarifverträge. Es bleibt dabei, daß die Gewerkschaft auf die Durchführung des Tarifvertrages in vollem Umfange dringen kann.

Wie in der Vorkriegszeit die Organisation in der Lage war, in einem solchen Falle den Arbeitgeber zu bestreiken, ohne Tarifbruch zu begehen, so kann sie es im gleichen Falle auch jetzt tun.

Auf diese Feststellung legte Körpel entscheidenden Wert. Rechtlich und verfassungsmäßig führen wir unseren guten Kampf zur Erhaltung der Arbeiterrechte. Und die Abwehr der ungeheuerlichen Eingriffe der Notverordnung in die insofern der Krise ohnehin stark verklärte Lebenshaltung der Arbeiterschaft ist nur möglich durch ein wagemutiges und entschlossenes Auftreten der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft.

In der anschließenden Aussprache, die Leipart mit einigen Erläuterungen über die tatsächliche Lage der Gewerkschaften, die er nicht ungünstig beurteilt, eröffnete, wurde die Erörterung der rechtlichen und tatsächlichen Wirkungen der Notverord-

Jetzt gang i ans Brünnele . . .



Da seh' i mein' herztaufigen Schatz bei ein'm andere steh'n . . .

Nazi-Untersuchungstheater.

Die Vorgänge am Stagerrattag. — Die Polizeibeamten wehren sich.

Die Fortsetzung der Zeugenvernehmung im Polizeiuntersuchungsausschuß ergab, daß die Berliner Nazis am 31. Mai, dem Gedentag von Stagerrat, Tausende ihrer Anhänger zu einer Demonstration in jene Straßen bestellt hatten, durch die die Stagerrat-Wache zog. Diese Demonstranten haben sich nicht nur damit begnügt, in der Bannmeile mit gewaltigem Geschrei für Hitler zu demonstrieren und die Polizei zu beschimpfen und tätlich zu bedrohen. Sie haben auch mehrfach versucht, die Polizeifreien zu sprengen und die Polizei anzugreifen. Dagegen haben sich die Polizisten gewehrt und die Angreifer mit dem Gummiknüppel dort zurückgeschlagen, wo es mit Worten nicht ging.

Vorf. Schwent unterfragt in der Vormittagsfikung des Photographieren.

Dann wird als erster Zeuge Polizeimajor Scherbeck gehört, der einen Teil der polizeilichen Sicherungsmaßnahmen am Stagerrat-Tag geleitet hat. Die Maßnahmen hätten sich genau im Rahmen derjenigen der Vorjahre gehalten; es seien sogar einige Wilderungen vorgekommen gewesen. Im Einverständnis mit dem Gruppenführer habe er ausdrücklich angeordnet, „Heil, Hurra“ und Hochrufe nicht als politische Demonstrationen anzusehen. Die Aufgabe der Polizei sei gewesen, im Rahmen des Bannmeilengebietes und des Demonstrationsverbotes den ruhigen Verlauf des Aufzuges der Marinewache zu sichern und gegebenenfalls Demonstrationen zu verhindern. Schon am 30. Mai bei dem ersten Aufzug der Wache hätten sich sofort nach Verlassen der Kaserne kleinere Demonstrationen gebildet, die aber durch gütliches Zureden zur Auflösung veranlaßt werden konnten.

Anders sei das Bild am 31. Mai gewesen. Schon in der Rathenower Straße, besonders vor dem alten Kriminalgericht, hätten sich größere geschlossene Demonstrationen gebildet.

Ein gütliches Zureden habe an diesem Tage nicht geholfen. Neben den Rufen „Heil Hitler“, „Deutschland erwache“ und andererseits auch „Heil Moskau“ wurde ein wildes Geschimpfe auf die Polizei laut. In der Moltkebrücke sei zum Schluß der dort beginnenden Bannmeile ein Kommando von etwa 30 Polizeibeamten aufgestellt gewesen, das von den marschierenden Demonstranten angegriffen wurde. Infolgedessen habe der Befehl zum Gebrauch des Gummiknüppels gegeben werden müssen. Man müsse bedenken, daß die an der Brücke postierten etwa 30 Beamten den Auftrag hatten, die Bannmeile gegen Laufende von Demonstranten zu schützen.

Nach der Mittagspause wird Polizeioberleutnant Schindler, der stellvertretende Gruppenkommandeur Berlin-Mitte, vernommen. Er beklundet, er sei selbst mit dem Kraftwagen durch die Demonstrationen gefährdet. Er gibt an, die Wache sei neben der Wache in mindestens

acht Reihen nebeneinander marschiert und habe politische Demonstrationen gebrüllt.

Es erfolgte dann weiterhin die Vernehmung der beiden Polizeileutnants Gehrmann und Pettei, die den Befehl hatten, an der Moltkebrücke die Absperrung durchzuführen. Beide sagen übereinstimmend aus, daß sich ihnen gegenüber eine

nach Tausenden zählende Menge von politischen Demonstranten angesammelt hätte, die auf ein Kommando hin den Versuch gemacht hätten, die Sperrlinie zu durchbrechen und sie tatsächlich auch durchbrochen hätten. Sie seien deshalb genötigt gewesen, den Befehl zum Eingreifen mit dem Gummiknüppel zu geben.

Alle Versuche nationalsozialistischer Abgeordneter, aus den Beamten im Kreuzverhör herauszuholen, daß sie ohne zwingenden Grund hätten einschlagen lassen, stellten die beiden Beamten fest entgegen, daß sie nur um dem Bannmeilengebiet Achtung zu verschaffen und die Sperrlinie nicht durchbrechen zu lassen, gegen die offensichtlich organisierte Demonstration eingeschritten seien.

Es kam dabei wiederholt der materielle Brief des verstorbenen Polizeimajors Maack zur Sprache, der an die Nationalsozialistische Partei gerichtet ist und die Polizeioffiziere an der Moltkebrücke strafbarer Handlungen beschuldigt. In dem Brief schildert Maack, daß er in einem Polizeiwagen zur Moltkebrücke gefahren sei und dort auch von einem der Polizeioffiziere gesehen worden sei. Alle Polizeioffiziere, die an der Moltkebrücke waren, saßen mit der größten Bestimmtheit aus, daß sie weder einen Polizeiwagen, noch einen Polizeioffizier einer anderen Inspektion dort gesehen hätten, obgleich sie ihn hätten sehen müssen. Es ergab sich ein eklatanter Widerspruch zwischen den Angaben dieses mysteriösen Briefes und den bestimmten Aussagen aller Polizeizeugen.

Danach wurde Zeuge Syndikus Jansen vernommen, der in Tönen höchster Entrüstung vortrug, daß die Polizei grundlos und brutal in eine unpolitische Menge eingeschlagen habe, die keineswegs einen Demonstrationen zugehörig habe. Er schilderte u. a., wie ein Elternpaar geschlagen worden sei, das mit einem Kinderwagen in die Menge geraten war.

Auch hier ergaben sich eklatante Widersprüche. Der Zeuge Jansen behauptete, es sei lange vor dem Herannahen der Reichsmehr geschlagen worden und dann wieder ein zweites Mal, als die Wache auf der Brücke gewesen sei. Die Polizeioffiziere hielten dem entgegen, daß ein Teil der Belegschaft erst nach dem Zeitpunkt eingetroffen sei, den der Zeuge Jansen angab und daß der Befehl zur Absperrung überhaupt beim Herannahen der Wache gegeben worden sei. Zum Vorfall mit dem Kinderwagen saßen die Beamten übereinstimmend aus, daß der Wagen und die Eltern hinter die Sperrfette gezogen worden sei, um ihn zu schützen, daß dabei nicht geschlagen worden sei, daß dagegen Demonstranten sich bemüht hätten, den Kinderwagen festzuhalten, um ihn nicht durch die Sperrfette bringen zu lassen.

Der Zeuge Jansen beschuldigte schließlich den Polizeileutnant Pettei, schon vor dem Herannahen der Wache eingeschlagen zu haben. Leutnant Pettei bestritt dies auf das entschiedenste.

Die Vernehmungen werden am Dienstag fortgesetzt, aber das Bild ist jetzt schon ganz klar: eine verbotene Nazidemonstration, die in die Bannmeile eindringen wollte, wurde durch den Gebrauch des Gummiknüppels gehindert. Die Nationalsozialisten, die erst dem Untersuchungsausschuß zugeführt haben, bemühen sich jetzt noch täglich, neue Zeugen für ihre Behauptungen aufzutreiben.

nung auf Grund der vorgetragenen Referate fortgesetzt und bis in die Einzelheiten hinein verfolgt.

Leipart fasste das Ergebnis der Beratungen zusammen. Es wird jetzt eine der Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung sein, gegenüber dem neugeschaffenen Reich ihre Rechtsauffassung in der Öffentlichkeit mit überzeugender Wirkung zu vertreten. Trotz der verschiedenartigen Lage in den einzelnen Berufen haben alle Gewerkschaften das gemeinsame Interesse, gegen die sozialpolitischen Auswirkungen der Notverordnung schärfsten Widerstand zu leisten. Den Bemerkungen über Wert und Unwert der Tarifverträge in der gegenwärtigen Lage, die in der Debatte

gefallen waren, fügte Leipart hinzu, daß auch das Schlichtungswesen in seiner heutigen Form keinen Wert immer mehr verliert, je mehr die Staatsgewalt dazu übergeht, es nur noch als Mittel zur Behinderung der Gewerkschaften zu handhaben.

Wir wiederholen, fuhr Leipart fort, daß nach unserer Auffassung, die sich auf Erfahrungen der letzten Jahre stützt, der weitere Lehnabbau die von der Regierung erwartete Wirkung ihrer Maßnahmen, die Anturbebung der Wirtschaft, durchkreuzen wird.

Wir erklären unseren entschiedenen Protest und unseren Willen zum energischen Widerstand gegen den geplanten Lohnabbau und gegen die Durchbrechung der Unabdingbarkeit der Tarifverträge.

Diese Durchbrechung der Unabdingbarkeit hebt den Sinn der Tarifverträge auf. Die Gewerkschaften sind im besonderen Gegner dieser Maßnahmen, weil die Tarifverträge die tiefste Grenze der Entlohnung, den Schutz der Lebenshaltung der Arbeiterschaft nach unten festsetzen. Dieser Schutz entfällt durch die Bestimmungen der Notverordnung. Damit werden die Tarifverträge für die Arbeiterschaft wertlos. Damit verliert die Arbeiterschaft das Interesse an ihnen. Und damit schwindet auch das Interesse der Gewerkschaften an der tarifvertraglichen Regelung. Aus dieser Erkenntnis werden die Verbände im einzelnen ihre Konsequenzen ziehen. Leipart schloß die Sitzung mit der Feststellung, daß diese von ihm gezogenen Folgerungen aus dem Verlauf der Beratungen die ungeteilte einstimmige Zustimmung des Bundesausschusses gefunden haben.

„Schickal nach Wunsch.“

Uraufführung in den „Kammerspielen“.

Was einem Vorspiel, das sehr wichtig den Senderaum muß, hier (von Christa Winsloe) geschriebene dialogisierte Feuilletons über mancherlei Probleme der modernen Ehe, insbesondere der der höheren Kreise. Eine reizende kleine Frau tänzelt zwischen zwei prominenten, sehr beschäftigten Männern und wird von einem freien Sportkämpfer genommen. Moral: Zur Liebe braucht man freie Zeit. Das sonst sehr anspruchsvolle Publikum dieses Literaturtheaters schien sich bei den harmlosen Plaudereien zu belustigen. R. Br.

Wie stehts um die Kinderlähmung?

Wie die gefährliche Krankheit verläuft — Der Erreger noch nicht bekannt

Alljährlich um die Herbstzeit wird die Kinderwelt immer wieder von der spinalen Kinderlähmung heimgesucht. Auch jetzt wieder ist die tödliche Krankheit in verschiedenen Gegenden Deutschlands eingetroffen und hat Erkrankungen in größerer Zahl hervorgerufen. Indessen soll nach Feststellung des Landesauschusses für hygienische Volksbelehrung zu irgendwelcher Beunruhigung keinerlei Veranlassung vorliegen.

Die Krankheit befällt in erster Reihe Kinder vom ersten bis zum vierten Lebensjahr, verschont aber auch ältere Kinder oder Erwachsene nicht. Anfänglich treten unbestimmte Erkältungsercheinungen, wie Fieber, Benommenheit, Husten und Schnupfen, gelegentlich auch ein Darmkatarrh auf. Nach einigen Tagen, an denen besonders starke Reizung zu großen Schweißausbrüchen besteht, stellen sich dann die für die Krankheit charakteristischen Lähmungserscheinungen an Armen oder Beinen, am Rumpf oder an den Schultern ein. In leichteren Fällen gehen diese Lähmungen in wenigen Tagen restlos zurück, doch ist dieser Ausgang leider nicht die Regel, sondern vielfach bleiben auch dauernde Lähmungen oder Verkrüppelungen zurück, und in ganz schweren Fällen ergreift die Lähmung schließlich den ganzen Körper und führt so zum Tode.

Den Krankheitserreger selbst kennt man zwar noch nicht mit Sicherheit, allein wir wissen, daß er sich besonders im Nasenschleim, im Auswurf, im Harn und im Darminhalt findet. Aus diesen gelangt er ins Rückenmark und ruft hier einen Entzündungsprozeß hervor, als dessen Folgen die erwähnten Lähmungen anzusprechen sind. Da die Weiterverbreitung des Krankheitserregers durch feimbeladene Tröpfchen beim Husten, Niesen und Nüsspern erfolgt, wird man sich also vor Ansteckung hüten können, wenn man vermeidet, sich von anderen Personen anzuhaften zu lassen, wenn man Kranke veranlaßt, beim Husten ein Taschentuch vor den Mund zu halten.

Im übrigen besteht für die Erkrankung an spinaler Kinderlähmung eine polizeiliche Meldepflicht, die einen weitgehenden Schutz gegen die Weiterverbreitung der Krankheit gewährt. Dabei ist es wichtig, daß vor allem das Publikum keine Krankheitsfälle zu verheimlichen sucht und schon beim geringsten Verdacht einen Arzt zu Rate zieht, d. h. schon bei Erkältungskrankheiten und

Magenstörungen der Kinder, mit denen sich ja die Kinderlähmung einleiten kann.

Magdeburger Gebiet noch immer heimgesucht.

Magdeburg, 9. September.

Der in den ungewöhnlich heißen Augusttagen erfolgte Anstieg der Erkrankungen an Kinderlähmung zeigt noch keinen deutlichen Abfall. In der Zeit vom 1. bis 7. September sind neun neue Erkrankungen festgestellt worden, von denen sechs allerdings noch auf den Monat August entfallen. Die Erkrankung eines 17jährigen Schülers ist tödlich verlaufen, während es sich bei der Mehrzahl der übrigen Erkrankten um leichte Fälle handelt, die auch bisher an Zahl überwiegend waren. Mehr als die Hälfte der Gesamtzahl der Erkrankten sind schon jetzt restlos geheilt, während bei den übrigen erfahrungsgemäß im Laufe der nächsten Monate ein weiterer Rückgang der Lähmungserscheinungen zu erwarten ist. Nur bei einem Teil dürfte ein dauernder Schaden zurückbleiben. Auch in den in der Umgebung Magdeburgs gelegenen Landkreisen hält die Krankheit noch an. In der Woche vom 28. August bis zum 3. September wurden gemeldet aus den Kreisen Wanzleben sieben, Wolmirstedt drei, Verhagow I vier, Verhagow II eine und Neuhaldensleben drei Erkrankungen.

Schließung aller Stettiner Schulen.

Stettin, 9. September.

Der Regierungspräsident und das Provinzialschulkollegium haben am Freitag beschlossen, alle Stettiner Schulen wegen der Ausbreitung der spinalen Kinderlähmung auf drei Wochen zu schließen. Diese Maßnahme ist, so wird von amtlicher Seite betont, nicht auf einen Vorschlag der Medizinischen Behörden, sondern vor allem auf das dringende Verlangen der Elternbeiräte zurückzuführen. Die Herbstferien werden dafür fortfallen. Bisher waren in Stettin drei Todesfälle an spinaler Kinderlähmung zu verzeichnen. In Swinemünde wurde das Lyzeum vorsorglich auf 14 Tage geschlossen, da eine Lehrkraft an spinaler Kinderlähmung erkrankt ist.

Schuhmachers und der Inhaberin eines Seifengeschäfts, die beide — fast zu gleicher Zeit — den Männern nachhelfen, die inzwischen schon weitergegangen waren. Ehe sie flüchten konnten, wurden sie der Polizei übergeben. Bei dem einen von ihnen, dem 32 Jahre alten Hermann Tacke, wurden noch zehn Falschstücke gefunden. Auf der Falschgeldstelle legten sie ein Geständnis ab, aus dem hervorging, daß sie schon seit Juni dieses Jahres etwa 150 falsche Zweimarkstücke in Umlauf gebracht hatten. Kurt Bohmann hatte die Herstellung übernommen.

Dela — im Oktober.

Die größte Luftsportschau am Funkturm.

Schon heute wird an dem Aufbau der ersten großen Luftsportschau, „DELA Berlin 1932“, vom 1. bis 23. Oktober in den Messehallen, fieberhaft gearbeitet. Sämtliche Organisationen der Luftfahrt wirken an dem großen Ziel mit. Das Ausstellungsprogramm sieht eine Gegenüberstellung von Flugzeugen der Vergangenheit und Zukunft vor. Zum ersten Male auf einer Luftfahrtausstellung werden hier auch Flugzeugtypen der Zukunft in natürlicher Größe gezeigt werden. Ein Flugauto, ein Amphibium (Wochenendflugzeug der Zukunft) und ein Baukastenflugzeug werden den wahrscheinlichen Entwicklungsgang der nächsten Jahrzehnte andeuten.

Die Gegenwart wird in einer großen, der Luftfahrtindustrie gewidmeten Halle zu Wort kommen. Hier wird man neben der gesamten Motorenindustrie alle Typen Sportflugzeuge, wie sie heute lieferbar sind, finden. Auch die Jubelindustrie, die für die Fertigung von Luftfahrzeugen Baustoffe liefert, wird hier stark vertreten sein. Eine andere Halle wiederum wird dem Lehren und Lernen des Luftsports gewidmet sein. Man wird hier an praktischen Darstellungen sehen, wie die Motor- und Segelflugausbildung vor sich geht. Viel Interesse dürfte hier u. a. ein Flugzeugmodell finden, das durch den Besucher der Ausstellung von einem normalen Führer aus gesteuert werden kann. Eine andere Halle wird der Bodenorganisation, Luftfahrzeugprüfung, Lufttouristik und den Wettbewerben gewidmet sein. Alle Einzeldarstellungen dieser Gruppe werden, in publikumsverständlicher Weise ausgeführt, einen Einblick in die Grundlagen des modernen Luftverkehrs geben. Als einzigartig dürfte auch die hier zur Ausführung gelangende Darstellung der Gruppe „Wettbewerbe“ zu bezeichnen sein. Man hat die siegreichen Flugzeuge aller deutschen Wettbewerbe naturgetreu nachgebildet, um so eine anschauliche Uebersicht von der Entwicklung des Flugwesens geben zu können. Den Abschluß dieser Schau werden die im diesjährigen Europarundflug bewährten Flugzeuge deutscher Bauart bilden. Aber auch dem Flugzeugmodellbau wird in einer besonderen Halle breiter Raum gegeben sein. Eine Bastlerwerkstätte wird man im Betrieb vorfinden. Eine Jungfliegerwerkstätte wird während der Dauer der Ausstellung ebenfalls im Betrieb gezeigt werden.

Die DELA bringt außerdem eine Anzahl interessanter Sonderveranstaltungen, deren Auftakt ein für den 2. Oktober vorgesehener DELA-Flugtag in Tempelhof bilden wird.

Billigeres Fleisch für Erwerbslose.

Wie die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ erfährt, soll ab 1. Oktober die Frischfleischverbilligungaktion für Erwerbslose wieder in Gang gesetzt werden. Vorgelesen ist, daß das Fleisch für Erwerbslose um 20 Pf. je Pfund verbilligt wird. Die Frischfleischverbilligung, die nur in den Sommermonaten ausgeführt war, hat sich gut bewährt und sich besonders als eine wirksame Hilfe für die Erwerbslosen erwiesen.

Fährbootskatastrophe.

Explosion fordert 37 Todesopfer im New-Yorker Hafen.

New York, 9. September.

Eine schwere Kesselexplosion ereignete sich heute vormittag auf einem Fährboot auf dem East River im New-Yorker Stadtbezirk. Nach den bisherigen Feststellungen sind bei der Explosion 37 Personen ums Leben gekommen und etwa 100 verletzt worden; 50 Personen werden noch vermisst.

Das verunglückte Schiff ist der Dampfer „Observation“, der von der Stadtverwaltung zur Beförderung von Arbeitern von und nach Rikers Island im East-River, wo zurzeit die städtische Strafanstalt gebaut wird, gechartert war. Augenzeugen, die vom Ufer des Stadtteils Bronx und von Rikers Island aus die Katastrophe beobachteten, erklären, daß sie plötzlich aus der „Observation“ eine Rauchwolke aufsteigen sahen. Als der Rauch sich verzogen hatte, war das Schiff verschwunden und man sah nur die im Wasser um ihr Leben kämpfenden Menschen. Auf dem Boot befanden sich etwa 200 Arbeiter. Sofort nach der Explosion — die Detonation war weithin hörbar — eilten Polizeiboote, Rettungsboote und andere Fahrzeuge zur Unglücksstelle. Im Laufe von zwei Stunden gelang es, 37 Leichen zu bergen, 50 Personen werden noch vermisst. Fast alle übrigen Fahrgäste der „Observation“ haben Verletzungen davongetragen. Das Fährboot selbst ist durch die Explosion in Stücke gerissen. Die Katastrophe ereignete sich in der Nähe der Piers.

Verkehrsunfall auf der Heerstraße.

Drei Personen schwer verletzt.

Auf der Heerstraße ereignete sich gestern nachmittag ein schwerer Verkehrsunfall, bei dem ein Automobilist und zwei Motorradfahrer lebensgefährliche Verletzungen erlitten.

Unweit der Rennbahnstraße wollte der Führer eines neuen Digs in eine Seitenstraße einbiegen. Er hatte den Winter vorchriftsmäßig gehalten. Ein in gleicher Richtung fahrender Motorradfahrer, der auf dem Sozius einen Begleiter hatte, versuchte das Kleinauto in scharfem Tempo noch zu überholen. Der Motorradfahrer hatte die Entfernung aber unterschätzt und fuhr mit großer Wucht in den Wagen hinein. Das Auto stürzte um und begrub seinen Führer unter sich. Das Motorrad überschlug sich und ging in Trümmer, der Fahrer und sein Begleiter lagen bewußtlos auf dem Fahrdamm. Die Feuerwehr sorgte für die Ueberführung der Schwerverletzten ins Hildegard-Krankenhaus. Die Verunglückten sind: der 37jährige Priotaufahrer Otto Spella aus der Bredowstraße in Moabit, der 23 Jahre alte Motorradfahrer Wilhelm Röhm aus der Minierfeldstr. 7 und dessen Begleiter, Gerhard Kaczmarek aus der Siegfried-

straße in Schöneberg. Die Verletzten haben Bein- und Armbrüche und gefährliche Schädelverletzungen erlitten. Die beiden Fahrzeuge sind von der Polizei beschlagnahmt worden.

Wieder zwei Falschmünzer verhaftet.

Werkstatt im Norden Berlins ausgehoben.

In der Schillingstraße im Osten Berlins wurden gestern nachmittag zwei Falschmünzer beim Vertrieb von gefälschten Zweimarkstücken angehalten und der Polizei übergeben. Es sind der 21 Jahre alte Kurt Gohmann aus der Tiedstraße und ein gewisser Hermann Tacke aus dem Planufer. In der Wohnung Gohmanns wurde eine Fälscherwerkstatt entdeckt. Verschiedenes Herstellungsmaterial konnte beschlagnahmt werden.

Beide Männer waren in der Schillingstraße ausgehakt; sie hatten dort verschiedene Geschäfte aufgesucht, um ihre Zweimarkstücke loszumerden. Dabei erregten sie die Aufmerksamkeit eines

Rätsel um Daubmann

Ein Gefangenenschicksal, das noch ungeklärt ist

Im Mai dieses Jahres hatte die sonst so stille Stadt Eningen am Kaiserstuhl ihre Sensation: nach 16jähriger Gefangenenschaft und abenteuerlicher Flucht war der ehemalige Soldat Oskar Daubmann erschöpft aus Innerafrika zu seinen Eltern zurückgekehrt. Die Eltern hatten längst mit dem Tode ihres Sohnes, der in den Verlustlisten als vermisst verzeichnet war, fest gerechnet. Sie erkannten ihn nicht wieder, aber sie wagten ihrem Blut nicht zu misstrauen.

Ämtliche Stellen zweifelten, ob „Daubmann“ Daubmann sei; zumindest wußten sie nicht, ob die Berichte seiner abenteuerlichen Erlebnisse der Wahrheit entsprächen. Die Stimmen des Zweifels wurden indes nur leise weitergetragen und rasch vom Lärm des Nationalismus, der diesen Fall begierig aufgriff, übertönt. Die Ruhe, die der Refonnaleizent auf alle Fälle bedurfte, wurde durch hurrapatriotisches Geschrei taktlos gestört.

Und nun erklärt das französische Außenministerium, das an der Klärung des Falles begreiflicherweise großes Interesse besitzt, daß nach genauem Nachforschungen die Wahrscheinlichkeit von Daubmanns Angaben bestritten werden müsse. Weder in den in Frage kommenden Archiven des Gesundheitsdienstes und des medizinischen Auskunftsbüros, noch in den Archiven der Militärgefängnisse und Gerichte von Lille, Amiens, Rouen, Avignon und Marseille, noch in den französischen Besitzungen Nordafrikas sei eine Spur von Daubmann aufgefunden worden.

Aber merkwürdigerweise läßt auch das von der badischen Regierung dem deutschen Auswärtigen Amt zugestellte Protokoll eine Reihe von Zweifeln offen. Das Protokoll ist der Öffentlichkeit übergeben worden. Es beginnt mit der Schilderung der Sommerschlacht am 21. Oktober 1916;

Daubmann hatte einen Stich in die Magenenge erhalten, seine Kameraden hielten ihn, nach seinem Bericht, für tot.

Das Protokoll hat die Länge eines Romans, es liest sich auch so spannend. Die Erlebnisse in algerischen Zuchthäusern, der Marsch durch Wüste und Urwald — nichts ist ausgelassen. Aber da, wo die Nachprüfung am schnellsten möglich war, hat Daubmann die Deffentlichkeit getäuscht. Er erzählt, daß er am Ende seiner Flucht auf einem italienischen Schiff von Tunis nach Palermo gefahren sei, daß er aber den Namen des Schiffes verschweigen müsse, weil er den Kapitän, der ihn angeblich umsonst mitnahm, nicht verraten dürfe. Er wies statt dessen eine Postkarte vor, auf der das betreffende Schiff abgebildet sei; der — durch Begräbieren unerkennbar gemachte — Absender der Karte sei ein Mitglied der Schiffsbesatzung. Die badischen Behörden sind der Sache nachgegangen. Das geheimnisvolle Postkarten-Schiff ist kein italienisches, sondern ein deutsches; Daubmann wollte in diesem Schiff von Tunis nach Hamburg mitfahren, wurde aber durch einen Steward im Auftrag des Kapitäns abschlägig befchieden; jener Steward ist der Absender der Karte.

MILDE NOCH & NOCH

6x kontrolliert

bevor sie den Raucher erreicht!

Erhältlich in ca. 4000 Berliner Zigaretten-Gesch. u. i. allen U-Bahnhöfen.



ORIGINAL FABRIKAT Heinrich Jacobi Zigaretten

FABRIKEN GEGR. 1842



Trotz Riesenernte teures Brot!

Wir brauchen keine Getreideeinfuhr mehr. — Aber herauf mit den Preisen!

Das Statistische Reichsamt hat nach der jetzt überall vollzogenen Einbringung der Ernte seine neuesten und wohl endgültigen Ernteschätzungen veröffentlicht. Deutschland hat für 1932 eine Rekorderte zu verzeichnen. Man rechnet bei Winterroggen mit 8,3 Mill. Tonnen gegen 6,6 Mill. im Vorjahr, bei Winterweizen mit 4,4 gegen 3,7 Mill. Tonnen im Vorjahr, bei Sommergerste mit 2,6 gegen 2,5 Mill. und bei Hafer mit 6,7 gegen 6,2 Mill. Tonnen im Vorjahr. Die gesamte Weizenernte (einschließlich Spelz) würde damit die Vorjahrsernte um 0,57 Mill. übertreffen, die Roggenernte wäre sogar um 1,7 Mill. Tonnen höher, die gesamte Brotgetreideernte wäre um 2,6 Mill. Tonnen größer als im vorigen Erntejahr.

Jedes Volk müßte über eine solche Riesenernte glücklich sein. Die Preise müßten sinken, die Ernährung müßte auch für die Ärmsten billiger werden. Aber in Deutschland kann man ja auch bei vollen Scheuern unter Umständen verhungern. Die Getreidepolitik der gegenwärtigen Regierung hat die offenbare Absicht, den Segen dieser Riesenernte für die Volksmassen nicht zu einem Segen werden zu lassen. Denn die Grundzüge einer neuen Roggenaktion, d. h. der Methode zur Hochhaltung des Brotpreises, sind gerade jetzt festgelegt worden.

In der darüber veröffentlichten amtlichen Mitteilung wird gesagt, daß diese Roggenaktion eine ausreichende Broterzeugung nicht hindern werde und — nun höre man — daß „keine über das Vorjahr hinausgehenden Brotpreiserhöhungen eintreten“ werden!

Die Lage ist so, daß mit der jetzigen Ernte Deutschland für Brotgetreide überhaupt keinen Einfuhrbedarf mehr hat. Die Lage ist weiter so, daß bei dieser Riesenernte selbstverständlich entsprechend den mehrgeernteten Mengen auch die Erlöse steigen. Der Preis von

160 Mark, den wir jetzt haben, reicht nach den eingetretenen Kostensenkungen in der Landwirtschaft für die Rentabilität des Getreidebaues aus. Es wäre also ganz selbstverständlich, daß eine auf eine vernünftige Volksernährung in so furchtbaren Zeiten wie jetzt bedachte Reichsregierung auf eine Senkung des Brotpreises aus wäre. Mindestens müßte man die Erklärung erwarten, daß wenigstens die jetzigen, kürzlich etwas gesunkenen Brotpreise unter keinen Umständen überschritten werden dürfen. Das müßte man auch von einer scharf agrarisch eingestellten Regierung erwarten. Aber davon ist keine Rede. Man muß mit der Möglichkeit rechnen, daß die Roggenpreise vielleicht auf 180 M. noch hinausgetrieben werden, um so die Möglichkeit für Brotpreiserhöhungen zu haben, die den „Stand des Vorjahres nicht überschreiten“!

Die neue Roggenaktion will die bisherige Einlagerung von Roggen aufheben. Der Roggen soll sofort von der Getreidehandels-Gesellschaft gekauft und der Verfertigung zugeführt werden. Die aufzukaufende Menge richtet sich natürlich nach dem Preis, den man erreichen will. In die Schweinemäster soll die Tonne Roggen für 140 M. gegeben werden. Da die Getreidehandels-Gesellschaft mehr dafür zahlen muß, bekommt sie Gersteneine, die zur zollverbilligten Einfuhr von Gerste berechtigen. Bei 40 M. Zoll je Tonne und einer Verbilligung auf 10 M. wäre dieser Schein dann 30 M. wert. Verfertigung von eingeführter Gerste soll aber erst dann erfolgen, wenn für die Hochhaltung der Roggenpreise im ganzen Jahr keine Gefahr mehr besteht, d. h. frühestens am Ende des kommenden Winters. Die Zinsen bis dahin werden der Landwirtschaft noch geschenkt. Jedenfalls ist eine grobangelagte Politik im Gange, um trotz des riesenhaften Erntesegens die Preise so hoch wie möglich und auch das Brot so teuer wie möglich zu halten.

Erfahrungen mit der von der Papen-Regierung verfolgten Wirtschaftspolitik stark bezweifelt werden. Von dem Ueberfluß aus Dienstleistungen (Schiffstransport, Versicherung) und Zins-einnahmen sind die Beträge abzusehen, die die Ausländer aus dem Besitz an deutschen Aktien und Grundstücken einnehmen. Der verbleibende Ueberfluß wird 200 Mill. M. nicht überschreiten.

Es bleiben also 1,5 Milliarden M. Zins- und Tilgungsverpflichtungen aus dem Ausfuhrüberschuß zu decken. Im ersten Halbjahr 1932 hat der Außenhandel aber nur einen Ueberfluß von rund 600 Mill. M. gebracht, so daß nach dieser vorläufigen Aufstellung mit einem Jahresfehlbetrag an Devisen von 300 Mill. M. zu rechnen ist. Und da plant die Reichsregierung Autarkie, und dabei soll die Ausfuhr von Fertigwaren verfallen?

50 Milliarden Kursgewinne.

Auf der New-Yorker Börse dauern die Kurssteigerungen schon seit Juli an und haben, besonders im Monat August, einen großen Aufschwung angenommen. Anfang Juli betrug der Marktwert der auf der New-Yorker Börse zugelassenen Aktien erst 15,63 Milliarden Dollar. Er ist im Juli um 4,86 Milliarden, im August um 7,29 Milliarden Dollar auf 27,78 Milliarden Dollar gestiegen. Die Verbesserung des Kurswertes betragt nicht weniger als rund 12 Milliarden Dollar oder 50 Milliarden Mark. Die Bedeutung solcher Kurssteigerungen braucht nicht überschätzt zu werden; denn, wie bekannt, sind ja in der vorhergehenden Börsenbaisse nach viel größere Summen verlorengegangen. Bessert sich aber die Konjunktur, so ist ein steigendes und hochbleibendes Kursniveau eine Grundlage für neue Kreditgewährung, weil mit der Erhöhung des Wertes der Sicherheiten auch mehr Kredite gewährt werden können. Unter diesem Gesichtspunkt sind natürlich auch die Kurssteigerungen auf den deutschen Börsen jetzt von einer gewissen wirtschaftlichen Bedeutung.

Sind das angemessene Gehälter?

Der Abschluß der Hamburgischen Elektrizitätswerke.

Die Hamburgische Elektrizitätswerke A. G. weist für das am 30. Juni zu Ende gegangene Geschäftsjahr 1931/32 einen Reingewinn von 7,9 (im Vorjahr 13,4) Millionen Mark aus. Es wird eine Dividende von 8,5 (10) Proz. verteilt. Von den 88 Millionen Mark Stammaktien sind mehr als 25 Millionen Mark, die eine Million Vorzugsaktien voll im Besitz des hamburgischen Staates.

Die Entwicklung des Stromablaufes war verhältnismäßig günstig. Im Berichtsjahr war ein Rückgang von 9 Proz. zu verzeichnen. Bemerkenswerterweise war der Rückgang bei den Großabnehmern geringer als bei den Kleinabnehmern (bei diesen 11,6 Proz.). Oder sind einfach neue Großabnehmer dazugekommen? Die Stromlieferung an die Hamburger Straßenbahnverwaltung ist um 15 Proz. gesunken. Die Strompreise sind nach Ansicht der Verwaltung so niedrig, daß auch der Hamburger Lichtstreit im März keine weitere Senkung erzwingen konnte.

Der hamburgische Staat stellt in diesem gemischtwirtschaftlichen Unternehmen den Aufsichtsratsvorsitzenden. Um so befremdlicher ist, daß die drei Vorstandsmitglieder für dieses Geschäftsjahr 1931/32 nicht weniger als 215 000 Mark, jeder also mehr als 70 000 Mark, bezogen. Und von den 10 Aufsichtsratsmitgliedern erhielt jeder 15 000 Mark! Die drei Vorstandsmitglieder der viel größeren und wichtigeren Preussischen Elektrizitäts-A. G. (Preag) bezogen jedenfalls für 1931 zusammen 81 400 M., zusammen etwas mehr, als in Hamburg jeder einzelne erhielt. Bis zu den hamburgischen Patriarchen, die am stärksten im Aufsichtsrat vertreten sind, ist Papens Parole von der „Anpassung an die Armut der Nation“ noch nicht gedrungen. Aber freilich — die müssen ja „Kapital bilden“!

Psychologisches Rätsel.

Unternehmer fordern Verstaatlichung der Reichsbahn.

Es vergeht keine Unternehmertagung, auf der nicht mit größtem Ausdrücken die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand in Grund und Boden verdammt wird. „Reprivatisierung“, so lautet es in allen Unternehmerblättern; überall soll die öffentliche Hand das Feld räumen, ob es sich nun um Elektrizitätswirtschaft oder um öffentliche Baubetriebe oder um städtische Fuhrparks oder sonst etwas handelt.

Um so überraschender, wenn das Verkehrs-gewerbe, die Spediteure, jetzt dringend die Verstaatlichung der Reichsbahn verlangen, die ja nach Ratifizierung des Lausanner Abkommens möglich ist. Warum nicht plötzlich die Tätigkeit der Reichsbahn als Privatunternehmen? Ist man doch nicht hundertprozentig von der allein seligmachenden Wirksamkeit des Privatkapitalismus überzeugt? Vielleicht glauben ja die Spediteure, daß eine staatliche Reichsbahn auf Rentabilität verzichtet und den gewinnbringenden Güterverkehr den privaten Konkurrenten (Postwagenverkehr) überlassen kann.

Das Beispiel vom Rindvieh.

Der Schwindel der Kontingentspolitik. — Ein Fall für viele.

Kontingentierung, d. h. mengenmäßige Einschränkung der landwirtschaftlichen Ausfuhr, soll Trumpf werden. Die landwirtschaftlichen Interessentenvertreter fordern so auch mit der Absicht der Viehpreissteigerung die Kontingentierung der Einfuhr von Rindvieh mit der Begründung, daß in diesem Jahr viel mehr eingeführt worden sei als im vorigen Jahr. Deshalb müsse unbedingt die Einfuhr ganz beträchtlich eingeschränkt werden.

Wie steht es mit der Wahrheit und der Berechtigung der Forderung?

Erstens ist jede weitere Einfuhrbeschränkung an Vieh oder Fleisch für die Preisgestaltung in Deutschland völlig einflußlos, da jetzt der Bedarf an Fleisch zu 99 Proz. von der deutschen Landwirtschaft gedeckt wird und die Einfuhr von 1 Proz. überhaupt nicht ins Gewicht fällt.

Zweitens ist es eine Irrführung, wenn man behauptet, daß die Einfuhr von Rindvieh jetzt größer als früher sei. Wohl ist sie größer als im vorigen Jahr, aber die Einfuhr im Jahre 1931 war anormal niedrig. Während im Durchschnitt der drei Jahre 1927 bis 1929 wöchentlich 5000 Stück Vieh eingeführt wurden, kamen 1930 wöchentlich nur 2800 und 1931 wöchentlich nur 1000 Stück Vieh über die Grenze. Selbst wenn in den letzten Wochen 1500 Rinder nach Deutschland aus dem Ausland eingeführt wurden, so ist das immer noch viel weniger, als in früheren Jahren die normale Einfuhr betrug.

Man sieht hieraus, wie strupplos die Deffenlichkeit und die Minister, die wahrheitslieblich von den Einzelheiten auch keine rechte Ahnung haben, irreführt werden. So kommt der größte Teil der Kontingentsforderungen, mit denen man der Landwirtschaft angeblich helfen will, zustande.

Die Sozialdemokratie fordert, daß man den Massen Arbeit und anständige Löhne gibt. Dann kann auch die Landwirtschaft zu anständigen Preisen Vieh verkaufen. Die Kontingentspolitik ist gleicherweise Betrug an Bauern und Arbeitern.

Vor der Diskontierung.

Kräftige Entlastung der Reichsbank. Neue Devisenzunahme.

Der Reichsbankausweis vom 7. September zeigt eine Senkung der Wechselbestände um 56,9 Millionen, der Bestände an Reichsschatzwechseln um 22,3 Millionen und der Lombarddarlehen um 103,9 Millionen Mark, also eine sehr kräftige Verringerung der Kreditansprüche mit rund 50 Proz. der Zunahme Ende August. Die Devisenbilanz war ausgeglichen. Die Gold- und Devisenbestände haben sich gegenüber der Vorwoche noch

um 0,5 Millionen auf 925,6 Millionen Mark erhöht. Die Deckung der umlaufenden Noten (Verringerung gegen die Vorwoche um 128,1 Millionen auf 3 688,8 Millionen) stieg von 24,2 auf 25,1 Proz.

20,6 Milliarden Auslandsschulden.

Ausfuhrüberschuß deckt nicht mehr Zins- und Tilgungsbeträge

In „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 16 wird die amtliche Erhebung über die deutschen Auslandsschulden nach dem Stande vom 29. Februar 1932 veröffentlicht, deren Durchführung durch Notverordnung angeordnet war. Erfasst wurden alle Beträge über 5000 Mark; die Schuldbeträge wurden nach den Berliner Devisenkursen vom 29. Februar in Mark umgerechnet.

Die Summe der deutschen Auslandsschulden wurde für den 29. Februar mit folgenden Beträgen ermittelt:

Kurzfristige (bis Februar 1933 fällig) . . .	10 153 Mill. Mark
langfristige (nach Februar 1933 fällig) . . .	10 470
Summe . . .	20 623 Mill. Mark

Die Schulden mit einem Einzelbetrage von mehr als 50 000 M. haben sich in 3 Monaten, von Ende November bis Ende Februar um 671 Mill. M. verringert; davon kamen auf kurzfristige Kredite allein 506 Mill. M.

Die Gesamtschuldung erhöht sich um 5 bis 6 Milliarden M., wenn man die direkten Kapitalanlagen des Auslandes in Deutschland mitrechnet und als Verschuldung zählt; denn die Gewinne und Erträge werden in der Regel ins Ausland gebracht (transferiert). Der ausländische Grundbesitz wird auf zwei Milliarden Mark, der Besitz an Aktien und Beteiligungen auf 2,5 bis 3,5 Milliarden und der an innerdeutschen Schuldoerschreibungen auf 0,4 Milliarden M. geschätzt.

Von der Verschuldung im engeren Sinne von 20,6 Milliarden M. entfallen 47 Proz. oder 9,6 Milliarden M. auf die private Wirtschaft 32 Proz. oder 6,7 Milliarden M. auf die öffentliche Hand. Wenn also die deutsche Verschuldung aus Ausland ein gefahrbringendes Ausmaß angenommen hatte, dann am wenigsten bei der öffentlichen Hand, zumal von ihren Auslandsschulden 81 Proz. langfristige, von den Auslandsschulden der Privatwirtschaft aber nur 57 Proz. langfristige waren. Unter die Stillhaltung fällt nur etwa die Hälfte der gesamten Kurz Kredite.

Zugleich wurde versucht, die Höhe der im Jahre 1932/33 fälligen Zins- und Tilgungsbeträge zu ermitteln, und zwar nach den jetzt geltenden Bedingungen. Die fälligen Zinsbeträge wurden mit 1225 Mill. M. ermittelt; dazu kommen die planmäßigen Tilgungen von 213 Mill. M. und die einmaligen mit etwa 200 Mill. M., macht alles in allem eine Gesamtverpflichtung von rund 1,7 Milliarden M.

Ob aber die deutsche Zahlungsbilanz in ihren anderen Posten einen so hohen Aktivposten aufweisen wird, muß nach den

SALAMANDER

Der meist getragene Herrenschuh!



Schwarz Boxcalf
Art. 5253
975



Braun Boxcalf
Art. 5656
975

975

IRMGARD KEUN: **Gilgi** eine von uns

11]

„Tach Gilgi.“ Pit hält ihr die Hand hin und legt sich an den Tisch, klopft der Rutte auf die Schulter: „Na, wie geht's, Lenchen?“

„Wie soll's jehn? Drechtich jeh't's.“ Lenchen steht auf: „Tschö, Bitter — tschö Fröllein — muß laufen.“

„Pit“, jängt Gilgi nach einer Weile an, „Pit, was für einer ist eigentlich dein Vater, und wie ist deine Mutter, und — Pit, ich möcht' dir da erzählen — — —“

Pit fährt auf: „Warum störst du mich hier, was willst du? Hast du neuerdings den Tid, psychologische Studien machen zu wollen?“

„Son Quatsch zu reden, Pit!“ Gilgi sieht müde und blaß aus: „Wie böse du geworden bist in der letzten Zeit, Pit.“ Das ist eben die Politik, denkt sie, die macht die Menschen so unangenehm, richtig bössartig.

„Ach weiß ja, Gilgi“, Pit sieht einen Augenblick lang aus wie ein dummer, trauriger Junge, „ach, du kannst mich lange nicht so ekelhaft finden, wie ich mich finde. Ich

noch mehr erklären, du oberflächlich, kleines Ding du.“ Pit legt sich wieder ans Klavier — Mariechen, Mariechen, hör op mich . . .

Das ist ein Junge, der Pit! Ist denn das nun ein Verbrechen, wenn man ruhig und anständig seiner Wege geht und mit Politik nichts zu tun haben will? Und was sollte einem denn keine Ruhe lassen? Vielleicht hat Pit doch recht — hier und da. Vielleicht sollte man — ach, lieber nicht denken, wo käme man hin, wenn man da anfangen wollte. Gilgi stützt den Kopf in die Hände. Rote Buchstaben: Mensch, was läßt du mit deinem Leben machen! . . . einmal am Rhein und dann zu zweien alleine sein . . . Der eine Reisende ist eingeschlafen, er schnarcht, sein Kopf wackelt, die roten Lampionen wackeln, das Klavier wackelt, die Dantebüste drauf wackelt Dante in der Animierteine! Wie fütt die Mösch . . . Gilgi leckt mit der Zungenspitze eine Träne auf, die ihr zeitlupenhast langsam übers Gesicht gerollt ist. Sie wundert sich, daß sie sich nicht über sich wundert, würde darüber nachdenken, wenn's ihr nicht zu kompliziert wäre. Daß der Pit so ekelhaft zu mir ist! Er ist doch mein bester Freund! Jetzt hat sie ihm immer noch nicht

Ihre Geschichte erzählt, hat auch keine Lust mehr dazu. Die ganze Atmosphäre hier, das Halbdunkel — sie kann's nicht mehr vertragen.

Gilgi zahlt. Ohne noch einen Blick auf Pit zu werfen, geht sie an ihm vorbei. Hinaus auf die Straße. Nach Haus?

Schließlich hat Gilgi noch anderes zu tun, als nach ihren Eltern zu suchen. Sie beschließt, sich für's erste um die Sache nicht mehr zu kümmern. Früher oder später wird sich schon eine Gelegenheit finden, die Familie Greif kennenzulernen.

Zu den Krons ist Gilgi sanft wie eine Taube. Den Entschluß, fortzugehen, hat sie zunächst bis nach Karneval aufgeschoben und hat sich vorgenommen, so nett und liebenswürdig wie nur irgend möglich zu sein, solange sie noch hier ist. Sie ladet die Mutter zu Kino- und Konditoreibesuchen ein. Schimpft nicht, wenn ein Film zum Uebelwerden rührselig ist, und sieht schauernd, aber schweigend mit an, wie Frau Kron ohne Rücksicht auf ihr Monumentalgewicht ganze Himalajagebirge von Cremeschnitten, Mohrenköpfen und Obsttortlets verschlingt.

Frau Krons Schwester wird mit ihren beiden Töchtern aus Hamburg erwartet. Die Verwandten wollen Karneval in Köln verleben — und dann hat man sich seit Jahren nicht gesehen. Die drei Hamburger werden bei Krons wohnen. Das Haus birbt vor Aufregung. In Gilgis Zimmer werden ein Bett und ein Diwan gestellt — für die beiden Kousinen. Das oberste wird zu unterst gelehrt. Ein Großreinemachetrieb geht los: „die Hettty ist so penibel“, und Frau Kron

will ihre einlegen mit ihrem Haushalt. Wenn Gilgi nach Geschäftsfluß nach Haus kommt, raft sie mit dem Staublauger durch die Zimmer, macht neue Gardinen an die Fenster bohrt den Parkettboden in der guten Stube. Das tut sie auch alles gern. Sie hat den innigen Wunsch, sich nützlich zu machen. Aber dann muß sie mit zum Bahnhof, die Verwandten abholen, das paßt ihr schon weniger.

Mit Lärm und Geschrei und „nein“ und „aber“ strömen Tante Hettty und Gerdachen und Trenchen aus dem Coupé. Und eine Umarmerei geht los! So groß geworden! Und die Kinder! Ja, wer das gedacht hätte! — nach so langer Zeit — wie gut du aussiehst, Hettty! — Und du erst, Berta! Gilgi hat ein Gefühl wie eine Kasse, die gegen den Strich gestreichelt wird, als Tante Hettty ihr einen saftigen Kuß gibt. Sie möchte sich gern den Mund abwischen, weil's da so nah ist über der Oberlippe, aber sie wird dauernd beobachtet.

„Nein, wir können mit der Straßenbahn fahren, Hettty.“ Frau Kron ist ein bißchen aufgelöst, trotzdem aber strategisch auf der Höhe.

„Wir wollten ja schon immer mal zum Rhein — aber der Krieg! Und dann die Besatzung! Ihr Armen, was müßt ihr gelitten haben.“ Tante Hettty küßt und sieht sich ängstlich nach allen Seiten um. Gewiß, die Engländer sind fort, aber so ganz sicher ist sie immer noch nicht — man kann nie wissen . . . Frau Kron macht schmerzliche Augen: „Ja, es waren schwere Zeiten für uns, Hettty.“ Frau Kron genießt das Bedauernwerden.

(Fortsetzung folgt.)



„. . . Pit setzt sich an den Tisch“

Phot.: Paramount

Was gibt es Neues?

Ein Blick in die Forschung

Ein aktuelles Steckenpferd der Forschung ist die biologische Strahlung. Da sich aber die sensationellen Berichte über das geheimnisvolle Elektrizitätsmerk im lebenden Körper förmlich überstürzen, scheint es angebracht, den nüchternen Kern aus den phantastischen Übertreibungen herauszuschälen.

Gesichert ist eigentlich nur die Existenz dieser Strahlen, mehr nicht. Wir wissen nicht, woher sie kommen und wohin sie gehen, wir kennen weder ihre exakte Wellenlänge noch Intensität. Vielleicht hat Lathoosty als Autorität auf diesem Gebiete recht, wenn er meint, daß jede elektrische Körperzelle einen elektromagnetischen Schwingungskreis darstellt, der sich erst mit dem Tode entladet. Lathoosty, der in Paris arbeitet, will seine Entdeckungen, vor allen Dingen für die Medizin, insbesondere den Krebs, verwerten, und nach einer Schrift, die vor wenigen Tagen erschienen ist, sind seine Erfolge auf diesem Gebiet von weittragender Bedeutung.

Nach neuen Untersuchungen von Dr. Rajewsky (Amerika) handelt es sich bei der biologischen Strahlung um Schwingungen, die im Ultraviolettsbereich zwischen den Wellenlängen 0,0002 bis 0,0003 Millimeter liegen. Sie ähneln somit jenen Strahlen, denen wir den Sonnenbrand, aber gleichzeitig auch die nützliche Aufbaubarkeit am Vitamin D verdanken. Wie ein hauchdünner Strahlentransparenz umgeben sie ihren Körper, aber von so geringer Intensität, daß erst die Strahlkraft von 16 Millionen Menschen zusammengekommen eine Glühbirne zum Leuchten bringen könnte. Um diesen schwachen Strom zu messen, bedient sich R. eines ähnlichen Apparats, wie ihn Compton für die Höhenstrahlung anwendet.

Höchst seltsam klingen die kürzlich gemeldeten Versuche des deutschen Bakteriologen Prof. Otto Rahn, der an der Cornell Universität arbeitet. Nach seinen Experimenten soll das menschliche Blut bisweilen so starke Ausstrahlungen besitzen, daß sie Insekten sind, Keime und Mikroben zu töten. Die Strahlkraft der linken Hand ist stets härter als die der rechten (auch bei Linkshändern). Krebskranke Gewebe zeigen besonders heftige Ausstrahlungen, dagegen fehlen sie beim Blut dieser Kranken im Gegensatz zum normalen Blut. Falls hier einwandfreie Ergebnisse vorliegen — wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln — eröffnen sich für die Bakteriologie, Biologie und Medizin ungeahnte Perspektiven. Warten wir ab. . . .

Strahlenbehandlung für Pflanzenwachstum wird schon seit längerer Zeit angewendet. Professor Rezzabroli in Bologna hat jetzt mit Wellen von zwei Meter Länge eine wesentliche Steigerung der Keimkraft erzielt. Bestrahlte Zwiebeln blühten zehn Tage früher als unbestrahlte. Auch die Entwicklung von Seidenraupen konnte beschleunigt werden. Wie weit sich diese Ultraturzwellen als Heilbestrahlung für Menschen eignet, ist noch ungetastet.

Jährlich verunglücken etwa 500 Personen durch Einatmen von Leuchtgas (2000 benutzen es zum Selbstmord). Schreckliche Zahlen. Seit Jahren bemüht man sich daher, das Leuchtgas zu entgiften, doch es wird weiteren Kreisen unbekannt sein, daß diese segensreiche Möglichkeit durch die Bemühungen des Wiener Prof. W. J. Müller bereits existiert. Er berichtete kürzlich über seine Versuche an den Wiener städtischen Gaswerken, wo er mittels eines neuartigen Katalysators recht günstige Erfolge erzielte. Der Grund, warum dieses Verfahren trotz seiner gesundheitlichen Be-

deutung noch der allgemeinen Einführung harret, liegt in der Verteuerung des Gaspreises. Hoffen wir, daß es bald möglich sein wird, eine tragbare Grenze zu finden, damit die Angst um undichte Gasbehälter gegenstandslos wird.

Für den Laien mag es wie ein alchimistisches Kunststück klingen, das giftige Kohlenoxyd in Wasserstoff und Kohlenäure (die später ausgewaschen wird) umzuwandeln, aber nicht minder wunderbar klingt die Methode des amerikanischen Chemikers Brussin, Kohlenwasserstoffe, also Benzin, Benzol oder Petroleum in feste Form zu verwandeln. Frühere Verfahren stellten sich zu teuer und verdaulich oft die Reinheit des betreffenden Stoffes. Das neue feste Benzin, das nicht explosionsgefährlich sein soll, geht bei jeder Temperatur ohne zu schmelzen in einen dampfförmigen Zustand über. Wir werden also bald keine Tanks und Schläuche mehr brauchen und die Autos mit Benzinwürfeln füttern. Guten Appetit!

Auf der ganzen Welt bemüht man sich, eine Vorrichtung zu finden, um bei Erdbebengefahr die bedrohte Bevölkerung zu warnen. Theoretisch ist diese Möglichkeit dadurch gegeben, daß den harten, kurzen Stößen meistens leichte Bodenschwankungen vorausgehen. Diese will man rechtzeitig registrieren. Zu diesem Zweck hat man neuartig konstruierte Seismographen an ver-

schiedenen Orten Kaliforniens aufgestellt, wo sich schon Erdbeben ereigneten. Sie sind teilweise mit einer Alarmglocke versehen, die bei der geringsten Bodenschwankung ertönt. Die Erfahrung wird zeigen, ob sich dieses System bewährt.

Das richtige Landen eines Flugzeuges ist für jeden Anfänger das eigentliche Problem, wenn aber Rebel die Sicht erschwert, wird auch der Erfahrene in Schwierigkeiten kommen. Prof. Wigand in Hamburg ist es jetzt gelungen, den Rebel einfach wegzuzaubern, um dadurch dem Flugzeug einen nebellosen Landungskanal zu schaffen. Das Verfahren besteht darin, den Elektrizitätsgehalt der Nebeltröpfchen zur Entladung zu bringen. Auch für den Schiffverkehr ist diese Methode von großer Bedeutung.

Man ist sich noch nicht klar darüber, ob die in letzter Zeit entdeckten winzigen Himmelskörper (von Reimuth und Desportes) wirkliche Planetoiden sind oder „nur“ Meteoroiden. Ihr Durchmesser wird nicht viel größer sein als 1—2 Kilometer, und die gewaltigen Meteoriten in Arizona und Sibirien zeigen, daß Meteore ähnlichen Umfangs bereits von der Erde in früheren Zeiten verschluckt wurden. Einen noch größeren Krater wollen englische Forscher jetzt in einem bekannten Teil Arabiens entdeckt haben. Sie fanden meteorisches Eisen und geschmolzenes Gestein. Man glaubt heute, daß diese Bomben aus unbekanntem Fernen des Kosmos gar nicht so selten auf die Erde niedergehen. Aber mit dieser Sorge wollen wir uns schließlich nicht auch noch belasten.

Gog.

Eine neue Weltanschauung?

Der Psychoanalyse verdanken wir wertvolle Einsichten, die auf vielen praktischen Gebieten eine fruchtbare Anwendung finden. Durch die Erforschung des Unbewußten ist das Verhalten der Menschen von einer neuen Seite her verständlich geworden. Für die Behandlung seelischer Krankheiten ist die Psychoanalyse ebenso unentbehrlich geworden wie etwa für die Einsicht in die Möglichkeiten und Grenzen der Erziehung oder für das Verständnis der verbrecherischen Persönlichkeit. Die Psychoanalyse liefert weiterhin einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis des künstlerischen Schaffens; sie hat endlich viele Fragen der Massenpsychologie in fruchtbarer Weise gelöst. Es ist verständlich, daß eine Lehre, die auf so weit auseinanderliegenden Gebieten Erfolge erzielt hat, von ihren Anhängern allmählich zu einer Universaltheorie ausgebildet wird, so daß man schließlich glaubt, alle „Welträtsel“ mit psychoanalytischen Methoden meistern zu können. So entsteht eine psychoanalytische Kulturphilosophie, die aus der Triebpsychologie leht, absolute Erkenntnisse macht.

Die Ausweitung der Psychoanalyse zu einer Kulturphilosophie hat besonderen Anstoß erfahren durch das vor einigen Jahren erschienene Buch von Freud: „Das Unbehagen in der Kultur.“ Freud sucht zu zeigen, daß jede Kultur den einzelnen zwingt, auf das freie Ausleben seiner Triebe zu verzichten. Die Kultur ist „triebsfeindlich“, sie erzeugt daher „Anlust“, es kommt zu dem „Unbehagen“, das nach Freud mit jeder Kultur notwendig verbunden ist. Es ist nach Freud eine Schicksalsfrage der Menschheit, ob es gelingt, einen Ausgleich zwischen den individuellen Trieben und den triebfeindlichen Ansprüchen der Kultur zu finden, oder ob dieser Konflikt unversöhnlich bleibt. Freud endet mit einem tiefen Pessimismus.

Es ist klar, daß diese Konstruktion kein wissen-

schaftliches Ergebnis ist, sondern eine wissenschaftlich nicht begründete Einstellung, eine sogenannte „Weltanschauung“. Vom Standpunkte des Sozialismus aus ergeben sich zum Beispiel wesentlich andere Anschauungen über das Wesen der Kultur. Das Buch von Freud hat auch nicht die volle Zustimmung seiner engeren Schule gefunden. So versucht neuerdings F. R. Feller, der sich im übrigen ganz als Schüler Freuds erweist, eine Kulturphilosophie auf Grundlage der Psychoanalyse zu entwickeln, die genau zu dem entgegengesetzten Ergebnis, also zu einer optimistischen Anschauung, kommt. In Anlehnung an das Werk von Freud trägt das Buch von Feller den Titel: „Das Unbehagen in der Zivilisation.“ (Verlag A. Franke, Bern, gebunden 6 Mark.)

Feller baut auf dem Unterschied von Zivilisation und Kultur auf. Nur für die Zivilisation, beim Kampf ums Dasein und um materielle Vorteile, soll der Konflikt mit den Trieben gelten; in den kulturellen Betätigungen sei dagegen eine Befreiung von den unterdrückten Triebregungen möglich. Die pessimistische Schlußfolgerung Freuds besteht also nach Feller nicht zu Recht. Wenn heute nur wenige Menschen die befreiende Wirkung der kulturellen Arbeit genießen können, so ist daran der Kapitalismus und das Privateigentum schuld. Feller legt keine Hoffnungen auf den Sozialismus; er versucht Psychoanalyse und Marxismus zu vereinen. So bestechend dieser Gedanke ist, so wird er doch dem Wesen des Marxismus nicht gerecht. Der Fehler liegt darin, daß auch Feller die psychoanalytischen Prinzipien zu absoluten philosophischen Erklärungsgründen erhebt. Dadurch wird seine Gesamtansicht dogmatisch und konstruiert. Trotz dieser angreifbaren Grundhaltung entwickelt Feller eine Reihe sehr interessanter Gedanken über Einzelprobleme.

Dr. S. Weinberg.